

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Teurung. Gestiegene Arbeitsintensität.
Lohnverluste. Nichts vergessen. 6.5%.**

S. 3



**Naher Osten:
Israels Überwältigungskrieg**

S. 8



**Forderungen der Roma für Schutz
und Sicherheit**

S. 12



IG Bau kampfbereit

S. 15



**Aus tschechischer Sicht:
Bemerkungen zur EU-Erweiterungen**

S. 19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 . Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

NATO-BÜNDNISFALL. Die PDS will den nach den Terroranschlägen des 11. Septembers beschlossenen Bündnisfall der NATO aufheben. In einem Antrag (14/8664) heißt es zur Begründung, laut NATO-Vertrag könne ein Bündnisfall nur dann erklärt werden, wenn ein Verteidigungsfall nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen vorliegt. Individuelle oder kollektive Selbstverteidigung sei jedoch nur dann möglich und legitimiert, wenn sie sich gegen einen gegenwärtigen, noch andauernden bewaffneten Angriff wende. Sobald die unmittelbare Gefahr abgewendet sei und sich der UNO-Sicherheitsrat mit den nötigen Gegenmaßnahmen eingeschaltet habe, bestehe kein Recht mehr, weiterhin militärisch vorzugehen. www.bundestag.de

ABSCHIEBEMASCHINE. Im Jahr 2001 sind über 31.000 ausländische Staatsangehörige auf dem Luftweg von deutschen Flughäfen „zurückgeführt“ worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (14/8560) auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion (14/8335) hervor. Davon seien gut 25.000 Personen abgeschoben, über 1.800 Personen zurückgeschoben sowie knapp 4.000 Personen zurückgewiesen worden. Über 24.000 Zurückführungen seien ohne, mehr als 6.000 mit Sicherheitsbegleitung vorgenommen worden. 778 Rückführungen seien gescheitert, teilt die Regierung mit. 3.200 Ausländer seien bei ihren Flügen von Beamten des Bundesgrenzschutzes oder Polizisten der Länder begleitet worden. www.bundestag.de

AUSSTEIGERPROGRAMM. Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke teilt über die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage mit: Das im April 2001 von der Bundesregierung beim Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtete Aussteigerprogramm für Neonazis ist gescheitert. Die nun vorliegende Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage lässt keinen anderen Schluss zu. Von 170 Anrufern, die sich bis März 2002 bei der Telefon-Hotline des Verfassungsschutzes meldeten und als „potenziell aussteigswillig“ eingestuft wurden, wurden 66 in das Aussteigerprogramm aufgenommen. 27 Betreuungsfälle sind inzwischen wieder beendet worden, so dass nun noch 39 Neonazis vom VS „betreut“ werden. Bei 31 lagen frühere Haftstrafen vor, 17 befanden sich in Haft, gegen 16 war ein Ermittlungsverfahren anhängig. Nur bei zehn Personen lag keine Vorstrafe vor. Sechs Rechtsextremisten half der Verfassungsschutz durch spezielle Absprachen mit der Bundesanstalt für Arbeit, einen Arbeitsplatz zu finden. 7 Neonazis wurde bei der Vermittlung eines Ausbildungsplatzes geholfen, 7 anderen Förderung bei der Schul- und Weiterbildung zuteil. In 8 Fällen wurde ein Umzug organisiert. Drei Personen wurde bzw. wird bei der Gründung einer neuen Existenz geholfen. Über die genaue Höhe der auf-

gewendeten Finanzmittel hüllt die Regierung den Mantel des Schweigens. Aus gutem Grund: Wann sonst wird (ehemaligen) Strafgefangenen so großzügig Resozialisierung angeboten? Welche anderen Arbeitslose profitieren von Sonderabkommen mit der Bundesanstalt für Arbeit? www.ulla-jelpke.de

MASSEN-GENTESTS: Angesichts von Massen-Gentests im Auftrag einer Krankenkasse gerät die Bundesregierung wegen der zögerlichen Umsetzung eines Gentest-Schutzgesetzes in die Kritik. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Joachim Jacob bedauerte am Montag in Bonn, dass die Regierung ein entsprechendes Gesetzesvorhaben erst in der kommenden Wahlperiode umsetzen wolle. Hintergrund sind Untersuchungen der Kaufmännischen Krankenkasse Hannover (KKH), die 4000 Freiwillige auf die vererbte Eisanspeicherkrankheit getestet hatte. Jacob kündigte an, er werde unverzüglich die datenschutzrechtliche Kontrolle der Tests veranlassen. Der Gesetzgeber müsse angesichts solcher Entwicklungen „aktiv werden“, forderte der oberste Datenschützer. Es sei wichtig, dass „nicht jeder machen kann, was er will“. Genetische Reihenuntersuchungen wollen die Datenschützer unter Zulassungsvorbehalt stellen. Gefordert wird zudem ein Recht auf Nichtwissen über genetische Defekte. Gentests als Voraussetzung für den Abschluss eines Arbeits- oder Versicherungsvertrages wollen die Datenschützer verbieten. Bei Versicherungen mit einer Summe von mehr als 250 000 Euro soll der Versicherer allerdings nach bereits erfolgten Gentests fragen dürfen. Eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums sagte, das geplante Gentest-Schutzgesetz könne „nicht auf die Schnelle aus dem Ärmel geschüttelt werden“. Sie verwies auf eine Selbstverpflichtungserklärung der Versicherer, keine Zwangstests von Versicherten zu verlangen. www.ngo-online.de

SPD-WERTE. Der SPD Bundesvorstand veröffentlichte jetzt die Ergebnisse einer Umfrage unter den Mitgliedern, mit der die Einstellung zu Grundwerten der Politik abgefragt wurde. Zusammengefasst lauten die Ergebnisse: „1. Den Kern sozialdemokratischer Identität repräsentieren die Werte Frieden und soziale Gerechtigkeit. 2. Die SPD-Mitglieder sind reformbereit und sie erwarten, dass Reformen von klaren Prinzipien geleitet sind wie z.B. Innovation und Gerechtigkeit. 3. Regierungspartei zu sein und regierungsfähig zu sein ist für die SPD-Mitglieder ein wichtiges Gut. Nur wenn man Macht hat, kann man die Ziele sozialdemokratischer Politik durchsetzen. 4. Alte Diskurse wie z.B. der über die Linke und die Mitte haben an Bedeutung verloren. 5. Die SPD-Mitglieder sehen die Aufgaben des Staates pragmatischer als früher, die Staatsfixierung hat nachgelassen.“ www.spd.de

Nichts vergessen ! Weder Teuerung noch gestiegene Intensität noch die Lohnverluste

Die Kapitalseite greift in der Tarifauseinandersetzung der Metallindustrie weit aus. Sie will nicht nur ihre recht erfolgreiche Politik der letzten Jahre in die nächsten Monate und möglichst Jahre hinein fortsetzen, sondern auch langfristige Weichen stellen.

Dazu zählt die grundsätzliche Forderung, bei Lohnerhöhungen die Teuerung nicht mehr zu berücksichtigen. Der Ausgleich der Teuerung ist immer ein zentraler Bestandteil des Lohnkampfes gewesen. Lohnkampf muss den Wert der Ware Arbeitskraft realisieren. Wenn der Wert der Arbeitskraft steigt, weil Essen, Wohnen, Gesundheit usw. teurer werden, muss die Bewegung des Lohns diese Teuerung ausgleichen, andernfalls sind die Lohnabhängigen die Geprellten. Diese Tatsache war lange Zeit weitgehend anerkannt und hat in den 60er Jahren auch Eingang in die so genannte Meinhold-

Formel genommen, mit der ein Lohnkampf geschlichtet wurde. Wenn der Metallarbeitgeberverband jetzt - man kann vermuten, in Abstimmung mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände - diesen weitgehend akzeptierten Maßstab sprengen will, dann soll die Inflation in einen permanent sinkenden Lebensstandard durchschlagen.

Beim einheitlichen Entgeltrahmentarif für Arbeiter und Angestellte (ERA) deuten die Metallindustriellen an, dass sie einer Einführung nicht völlig ablehnend gegenüberstehen. Aber sie wollen nach den schon viele Jahre laufenden Verhandlungen viele weitere Jahre für die Einführung haben, um den Prozess nach ihren Vorstellungen steuern zu können. (In Baden-Württemberg sind ihnen sogar die angebotenen fünf Jahre Einführungszeitraum noch viel zu kurz.) Und sie verlangen die strikte Kostenneutralität

der Einführung. In den Worten des baden-württembergischen Verhandlungsführers Zwiebelhofer: „Systemmäßig muss die heutige tarifliche Lohn- und Gehaltssumme der künftigen ERA-Entgeltssumme entsprechen“. Nun muss die Einführung eines einheitlichen Entgeltrahmens für alle Beschäftigten praktisch vor allem die Anhebung der gewerblichen Löhne (und in gewissem Umfang auch der kaufmännischen Gehälter) bringen und damit die heutige Diskriminierung in diesem Bereich aufheben. „Absolute Kostenneutralität“, wie sie die Metallindustriellen fordern, wäre nur durch Senkung der Einkommen der (technischen) Angestellten oder durch die Einschränkung anderer tariflicher Leistungen möglich, was die IG Metall keinesfalls hinnehmen kann.

Die Forderung nach der „Kostenneutralität“ hat einen ganz praktischen

Die Warnstreiks der IG Metall im Spiegel der Presse

Zwar gibt es die üblichen Kommentare, die von überholten Ritualen sprechen, und werden von der Presse viele Spekulationen angestellt, ob sich die IG Metall vielleicht durch politische Rücksichtsnahmen bremsen lässt, aber es gibt auch Stimmen, die schlicht sagen, warum sollen die Löhne nicht kräftig steigen, die Manager der großen Konzerne haben sich bereits kräftig bedient und für die Binnenkonjunktur wär's auch nicht schlecht. Nach unserem Eindruck müsste die IG Metall die (ver)öffentlichte Meinung jedenfalls nicht fürchten, wenn sie einen harten Arbeitskampf führt.

Stuttgarter Zeitung, (online), aktualisiert 9.4.2002, 6:05 Uhr, von Matthias Schiermeyer: „Arbeitgeber sollen ihre Autos doch selbst bauen“ / Großen Warnstreik angedroht - Annäherung in Ludwigsburg./ Nach den gestrigen Verhandlungen gibt der Entgeltrahmen am ehesten Anlass zur Hoffnung, dass der Arbeitskampf noch abzuwenden ist. Beide Parteien fanden am späten Nachmittag Worte der Zuversicht: „Es hat einige deutliche Fortschritte gegeben“, sagte Jan Stefan Roell, der für den Arbeitgeberverband die Gespräche über Era führt. „Wir haben jetzt ein gemeinsames Modell zur Berechnung möglicher Kostenauswirkungen. Damit ist der Weg frei, um systembedingte Kostenneutralität zu erreichen.“ Hinter dem sperrigen Begriff systembedingte Kosten-

neutralität verbirgt sich die zentrale Forderung der Arbeitgeber, dass die Lohn- und Gehaltssumme durch Era nicht steigen darf. Das bedeutet: Die durch das neue Bewertungssystem entstehenden Kosten müssen woanders aufgefangen werden. Genau darüber werden sich die Experten beider Seiten in den nächsten Tagen unterhalten. Unterschriftsreif, so hieß es, sei der Entgeltrahmenvertrag aber noch längst nicht.

Die für die meisten Beschäftigten entscheidende Frage, wie hoch denn ihre Lohnerhöhung ausfallen könnte, blieb unbeantwortet. Es sei nicht unmittelbar über Lohnprozente gesprochen worden, betonten beide Seiten ... Zwiebelhofer (Metallarbeitsgeber, d. Red.) merkte an, dass über das Gesamtvolumen gesprochen worden sei. Allerdings setze es sich aus verschiedenen Elementen zusammen wie etwa der Laufzeit. Konkreter wurde er nicht. Doch neue Perspektiven scheinen sich zu ergeben. Die Arbeitgeber wollten bisher einen zweijährigen Abschluss, die Gewerkschaft beharrte auf einem Einjahres-Vertrag. Huber (IG Metall-Betriebsleiter) deutete an, dass die IG Metall von ihrer Haltung abweichen könnte: „Die Frage der Laufzeit war in Baden-Württemberg nie die erste aller Fragen.“

Der Betriebsleiter mutmaßt nun, dass spätestens bei der sechsten Verhandlungsrunde am 15. April „die offene Auseinandersetzung“ über das Gesamtvolumen ausbrechen werde. Der Termin für die siebte Runde blieb offen. Zwiebelhofer merkte verheißungsvoll an: „Vielleicht brauchen wir den gar nicht.“ Das kann Positives für den Tarifstreit bedeuten, die

nahe Einigung nämlich - aber auch das exakte Gegenteil, den Großkonflikt.

Süddeutsche Zeitung, 30.3., Kommentar von Alexander Hagelüken: Bedrohlich für Schröder ist indessen, was die Gewerkschaften in der Tarifrunde inszenieren, und zwar nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche. Seit vergangenem Frühjahr treibt viele Funktionäre das diffuse Bedürfnis um, bei der Lohnrunde einen Nachschlag für frühere Bescheidenheit herauszuholen. Das mag verständlich sein. Absurd ist, dass die tonangebende IG Metall diese Forderung aufrechterhält, obwohl der 11. September den weltweiten Konjunkturabschwung verschärft hat und viele Firmen vor Entlassungen stehen. Eine bizarre Situation: In der Krise verlangt die IG Metall mehr Lohnerhöhung als vor zwei Jahren im Boom.

Aus dieser Sackgasse könnte die Organisation nur eine souveräne Führung manövrieren. Doch Zwickel ist müde, in seinem bröckelnden Reich kämpfen Diadochen um die Nachfolge. Niemand stoppt die Funktionäre, die die Basis anstacheln. Deshalb werden die Warnstreiks nach Ostern zunehmen. Führt die Vernunft Arbeitgeber und Metaller nicht rasch bei einem Lohnabschluss von knapp drei Prozent zusammen, droht der Republik ein bitterer, langer Streik - den nicht nur Schröder fürchten muss. Entschiede eine solche Eskalation die Wahl zu Gunsten Stoibers, wären die Gewerkschaften einer der größten Verlierer.

Handelsblatt (online), 8. April: Gerhard Schröder kann sich zurücklehnen. Er

Grund: Die Metallindustriellen wollen ihre finanziellen Spielräume bei der Einkommensgestaltung nicht eingeschränkt haben. Denn es ist klar: Wenn das gesamte Entgeltsystem, wie es nötig ist, nach oben angeglichen wird, dann schrumpft der finanzielle Spielraum, den die Unternehmen für eigene übertarifliche Lohngestaltung, fürstliche Bezahlung von leitendem Personal, Förderung von betrieblichen Karrieren usw. haben. Entsprechend erbittert ist ihr Widerstand gegen die reale und damit auch kostenwirksame Aufhebung der Lohndiskriminierung in Form der überholten Entgeltgruppen.

Es verwundert nicht, wenn der Verhandlungsführer der baden-württembergischen Metallarbeitgeber die IG Metall zu einem schnellen Abrücken von der 6,5%-Forderung auffordert. Ein übereilter Abschluss, noch bevor die Mobilisierung der Belegschaften getestet und bewiesen ist und noch bevor sich die Erwartungen für den Konjunkturaufschwung verfestigen, würde den Beschäftigten schaden und der Kapitaleseite nützen. Es wäre geradezu eine taktische Meisterleistung der Metallindustriellen: Mit den „moderaten Abschlüssen“ der beiden letzten Jahre haben sie angesichts exzellenter Geschäfte und

Gewinne die Beschäftigten übervorteilt. Wenn sie jetzt in einer konjunkturell etwas schlechteren Situation erneut niedrige Abschlüsse durchsetzen könnten, und das vielleicht sogar für einen längeren Zeitraum? Wenn dann den Beschäftigten in der erwarteten guten Konjunktur wieder die Hände gebunden wären? Der Schaden für die Beschäftigten und die Gewerkschaft wäre enorm.

Die IG Metall handelt richtig, wenn sie bei der Rechnung nichts vergisst: nicht die Teuerung, nicht die gestiegene Produktivität und Intensität der Arbeit, nicht die Lohnverluste der vergangenen Jahre. Der gemeinsame Entgeltrahmentarif, wenn er tatsächlich Lohndiskriminierung beseitigen und die Spielräume der Unternehmen für Lohnwillkür eindämmen soll, kann

kein Billigheimer oder gar umsonst sein. Und schließlich: Die Mobilisierung wird den Metallunternehmen für einen akzeptablen Abschluss Beine machen müssen. Es ist kaum vorstellbar, dass Gesamtmetall und die regionalen Arbeitgeberverbände einen annehmbaren Abschluss unterschreiben, ohne dass zuvor viele Unternehmensvorstände und Geschäftsleitungen die Perspektive und die Folgen eines Arbeitskampfs zumindest sehr konkret durchdenken mussten. *rok*



braucht die IG Metall nicht mehr auf eine friedliche Tarifrunde einzuschwören. Denn der angedrohte große Arbeitskampf in der Metallindustrie fällt aller Voraussicht nach aus. Dafür darf sich Schröder wieder einmal bei seinem Freund und Lieblingsgewerkschafter Hubertus Schmoldt bedanken. Der Chef der IG Bergbau, Chemie, Energie scheint gewillt, wie schon im Jahr 2000, auch diesmal die erste Lohnzahl in die Welt zu setzen.

Es wird sich, davon kann man bei der Chemiegewerkschaft ausgehen, um keinen Billigabschluss handeln. Realistisch sind eine Drei vor dem Komma und eine niedrige Zahl dahinter. Bei diesem Ergebnis aber wird es für die IG Metall schwer, ihre Mitglieder davon zu überzeugen, dass das letzte Mittel nötig ist – der große, unbefristete Arbeitskampf. An dessen Ende nämlich müssten mindestens vier Prozent stehen. Weniger wäre gemessen am Aufwand ein Misserfolg. Einen Abschluss in dieser Höhe aber lässt die wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen nicht zu, was auch die Beschäftigten spüren. Und deshalb werden sie es sich zweimal überlegen, ob sie in einer Urabstimmung ihrer Gewerkschaft das Mandat zur unbegrenzten Eskalation erteilen. Die IG-Metall-Spitze wird dieses Mandat vermutlich auch gar nicht mehr einfordern wollen. Denn nichts fürchten Gewerkschaftsfunktionäre mehr, als bei der Urabstimmung eine Schlappe zu erleiden.

Zwar hat die IG Metall gestern mit ihren bundesweiten Warnstreiks begonnen. Doch Symbolik und Realität klaffen weit auseinander. Ein Tarifaabschluss in der Metallindustrie ist näher, als es die Bilder protestierender Metaller nahe legen. Die IG Metall wird versuchen, noch im April zum Ergebnis zu kommen und dabei ein paar Zehntel mehr herauszuschlagen als die Kollegen von der Chemie. Die Arbeitgeber werden ihr diese Friedensdividende am Ende zähneknirschend zubilligen. Und Schröder wird sich erkenntlich dafür zeigen, dass er ungestört seinen Wahlkampf führen kann.



Prozent der Befragten sprachen sich gegen Streiks aus, zwei Prozent machten keine Angaben. Befragt wurden am vergangenen Wochenende 1000 Bundesbürger ab 16 Jahren.

Wiesbadener Kurier, Lampertsheimer Zei-

tung Online (Main-Rheiner.de): Kommentar vom 9.4.2002, von Ralph M. Hartweck. Zwei Prozent. Ein Affront. Die Wirtschaft liegt zurzeit in Deutschland am Boden. Langfristige Rezession ist das Gespenst, das umgeht. Sicherlich nicht der günstigste Zeitpunkt, um seitens der IG-Metall mit einer Forderung nach 6,5 Prozent mehr Lohn auf die Straße zu gehen. Im Fall von IXYS sogar sinnwidrig. Der Betrieb fährt Kurzarbeit. Da könnte der Kampf sehr leicht gegen die eigenen Arbeitsplätze gehen. Trotzdem verständlich, dass die Metaller streiken? Der Blick in den eigenen Geldbeutel sagt ja. In allen Branchen fielen die letzten Tarifrunden eher moderat aus und ein Mehr war nach Abzug des Inflationsniveaus nie in der Lohntüte zu verbuchen. Anders an den Konzernspitzen. Managergehälter bewegen sich in der Zwischenzeit auf amerikanischen Level. 5 Millionen Euro für einen Konzernchef? Keine Seltenheit. Zorn und Wut machen sich breit. Auch das neue Geld – der Euro – entwickelt sich nicht gerade zum Segen. Gastronomie und Einzelhandel haben das Leben teurer gemacht und gerade der Kleinverdiener merkt dies an allen Ecken und Enden. Auch sollte es im Interesse der Wirtschaftskapitäne sein, die Kaufkraft im eigenen Land zu stützen. Auch in einem Exportland wie Deutschland geht es nicht ohne einen stabilen Binnenmarkt. Ob 6,5 Prozent zu halten sind wird sich weisen und ich glaube nicht, dass ein einziger Gewerkschafter dies erwartet. Aber das Angebot von nur 2 Prozent gleicht sicherlich einem Affront und treibt nicht nur Arbeitnehmern der Metallindustrie zu Recht die Zornesröte ins Gesicht.

Seit letzten Montag ist die Kirch-Gruppe insolvent. Sie wurde akut zahlungsunfähig. In welchem Ausmaß sie auch überschuldet ist, wird sich im Zuge des Verfahrens weisen.

Kirch ist fertig. Seine Geschäftsidee lebt. Wer wird dafür zahlen?

Der politische Hintergrund

Die Bayerische Landesbank hat lt. Süddeutscher Zeitung über zwei Milliarden Euro Kredite in das Unternehmen gepumpt. Stoiber verteidigt sich: Die Investition sei notwendig gewesen, um München zu einem herausragenden Medienstandort zu machen. Man sollte das als Geständnis begreifen. Die Ballung von Medienmacht in München hat sich demnach nicht aus irgendwelchen Marktfaktoren ergeben, sondern wurde aus politischen Gründen durch Einsatz öffentlicher Mittel herbeigeführt. Stellt sich heraus, dass diese Kredite faul sind, haften die steuerzahlenden Bayern. Kredite dieses Ausmaßes erzeugen gestaltenden Einfluss des Kreditgeber auf den Kreditnehmer. Inzwischen sind Stoibers hochfliegende Ambitionen öffentlich geworden. Berlusconi musste noch sein Privatvermögen einsetzen, um Medienmacht zu gewinnen. Stoiber, unendlich viel rationeller, hat lieber gleich öffentliche Mittel eingesetzt. Erst bedient er die Medien. Dann bedienen die Medien ihn. Dann bedient er die Medien usw. Ein gutes Geschäft? Ein schlechtes. „Stoiber muss Kanzler werden“ ist allerdings nur eine der Geschäftsideen, die den Filmhändler Kirch groß machten.

Privatfernsehen, Bezahlfernsehen

Die Theorie der Marktwirtschaft geht von der so genannten Maslowschen Bedürfnispyramide aus, die auf der Beobachtung beruht, dass mit steigender Produktion sich die Bedürfnisse von den Grundbedürfnissen hin zu den Kulturbedürfnissen verlagern. Unter der Annahme, dass auf diesem Sektor überproportionales Wachstum zu erwarten sei, hat sich Kirch Aufführungsrechte für Spielfilme und dann vor allem für die Verwertung von Sportereignissen beschafft. Die Investi-



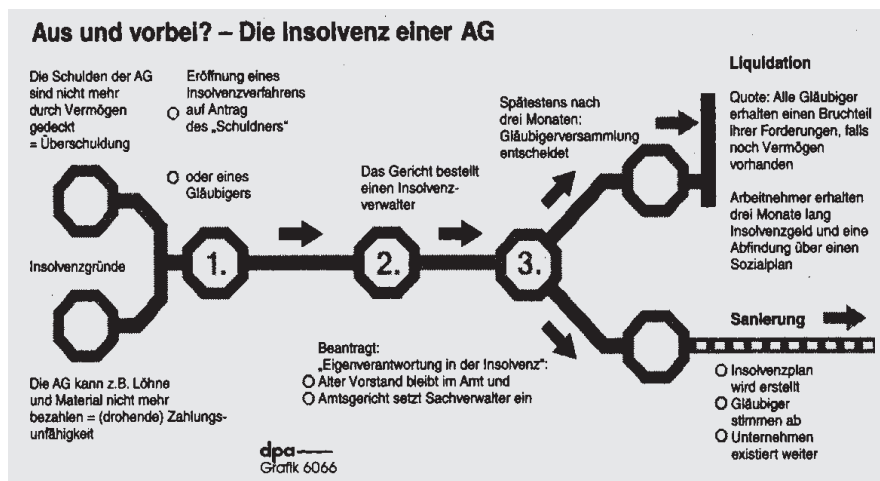
Die sog. **MASLOW-Pyramide**, die verschiedenen **Bedürfnissebenen**.

tion war von Anfang auf eine konkrete Politik angewiesen. Ohne die Durchsetzung des Privatfernsehens hätte sie sich nicht rentieren können.

Wie sich herausstellte, war ein massenhaftes Bedürfnis nach sanfter Pornografie, seichten Klamotten, verstaubter Dramatik und: Sport, Sport, Sport zwar vorhanden, aber diese Nachfrage war nicht so recht zahlungswillig. Das Privatfernsehen beruht bis heute an auf den Einnahmen aus der Werbung. Es entstand ein umfangreicher Apparat, um die so genannte Quote zu erforschen, die sich aus drei Faktoren ergibt: dem kostenlosen Zugang zur Mediendarbietung, der

ner scharfen Renditerechnung standhält, ist langfristig keineswegs sicher. Kirch glaubte das nicht. Er sah die Zukunft der Branche im Abo- oder Bezahlfernsehen. Bekanntlich gibt es in der BRD das Bezahlfernsehen in Gestalt der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Wer eine Fernsehempfangsstation betreibt, kann kaum vermeiden, diese Gebühren zu zahlen, und erhält darüber hinaus auch noch Angebote des Werbefernsehens kostenfrei.

Die Kirch-Gruppe nahm an, dass sich Bezahlfernsehen unter so schwierigen Marktbedingungen gleichwohl durchsetzen lasse, wenn, ja wenn es gelänge, auf bestimmte, besonders gesuchte Darstellungen ein Aufführungsmonopol zu organisieren. Diese Schnapsidee wurde von der ganzen Branche geteilt und so kam es zum weltweit geführten Kampf um Aufführungsrechte. Da das nachgefragte Gut weder von anderen Anbietern bereitgestellt werden kann noch durch ein anderes, ähnliches substituierbar ist,



Anziehungskraft der Sendung und der abstoßenden Wirkung von Werbung.

Fernsehwerbung ist Aufmerksamkeitswerbung. Eine Produktbezeichnung soll so eingeschränkt werden, dass eine anstehende Kaufentscheidung beeinflusst wird. Da schon wegen der kurzen Auftrittszeit Produktinformationen auf diesem Wege kaum vermittelt werden können, kommt es darauf an, die Leute in einem Zustand gespannter Aufmerksamkeit zu erwischen. Die Idee ist, dass die Aufmerksamkeit der Zuschauer, die z.B. vor einem Sportereignis gegeben ist, dazu führt, dass werbliche Mitteilungen besser wirken. Bis zu einem gewissen Grade scheint das auch zu funktionieren (siehe ARD und ... richtig ..., Krombacher). Aber deswegen gleich Krombacher trinken? Egal. Die werbende Wirtschaft glaubt daran und gibt dafür gutes Geld aus.

Versteiger und verstiegen

Die Finanzierungsgrundlagen des Privatfernsehen sind so gesehen heikel. Ziehen die Produkte zu schwach oder wird zu viel Werbung zugemutet, sinkt die Quote, und ob diese Art von Werbung ei-

kommt es – so wie z.B. auch bei Kunstwerken – zur Preisbildung durch Versteigerung, bei der lediglich die Zahlungslust und –fähigkeit der konkurrierenden Käufer über den Preis entscheidet.

Kirch ersteigerte sich die Aufführungsrechte für die Bundesliga, für die Fußball-Weltmeisterschaft und für die Formel 1. Kirch? Nicht allein, die Bevölkerung Bayerns war mit über zwei Milliarden Euro, dabei, ungefragt, aber haftend. Man könnte sagen, ähnliches geschehe auch, wenn der Freistaat ein Gemälde kauft. Aber dann steht immerhin das Gemälde im Vermögen da, irgendwie nicht zu vergleichen mit der Erinnerung an einen grausigen Unfall bei der Formel 1.

Ohne hier tiefer vordringen zu können: Niemals hätte die Staatsregierung die Steuerzahler in ein so schwindliges Geschäft verwickeln dürfen. Was soll denn noch kommen? Wird die Staatsregierung zur Förderung des Pferdesports Wetten beim Buchmacher abgeben?

Der Drang zum Aufführungsmonopol – Kirchs Weg in die Selbstaufhebung

Das Fußballgeschehen wird durch die Li-

ga organisiert, die Hierarchie der Spielklassen setzt die Aktiven zueinander in Beziehung. Auf- und Abstieg der Vereine, Wechsel von Spielern zwischen den Spielklassen, im Pokalspiel die Chance, berühmten Mannschaften zu begegnen, all das macht aus dem Fußballwesen in Deutschland ein geordnetes Gesamt-ereignis.

Das massenhafte und intensive Interesse am Fußball hat seine feste Basis in der breiten Ausübung dieses Sports. Wer eine Sache gern macht, sieht auch gern, wie sie besonders gut gemacht wird. Die virtuose oder artistische Leistung belebt bei den Aktiven das Vergnügen am Spiel der eigenen Kräfte, bei den ganz Jungen weckt sie große Erwartungen an die eigene Zukunft, bei den Alten wird die Erinnerung an die Jugend vergoldet. So ähnlich ist es bei jedem breiter ausgeübten Sport. Der Fußball hat aber auch was Besonderes. Als Vereins- und Mannschaftssport, der auf ein breites Nachwuchsreservoir angewiesen ist und schon von Kindsbeinen an wohnortnah geübt sein will, hat der Fußballsport seine sozialen und wirtschaftlichen Wurzeln in den Gemeinden, in bestimmten Stadtvierteln, in Milieus, in Regionen. So eignet er sich für den Zweck kultureller und politischer Repräsentation. Als Ligasport durchgeführt, stellt er zudem ein umfassendes System der tabellarischen Vergleichbarkeit bereit. Gerade so organisiert, zieht das Fußballgeschehen weit über den Kreis der Aktiven hinaus große Massen in seinen Bann von scharfer Entgegensetzung und spielerisch geregelter, virtuoser Konfliktbehandlung, des absoluten und definitiven Dramas von Sieg und Untergang und der Auflösung dessen in tabellarischen Platzierungen und Chancen. Der Fußball entwickelt auf diesem Wege seine Qualität als Kult, der sich als stabilisierendes Moment für die Lebenswelt der Bewohner einer Ortschaft, einer Region, einer Großstadt, eines ganzen Landes bewährt. Der Vereinserfolg bestätigt ein Gefühl des Mithaltens-Könnens, des Spitze-Seins, des Wir-sind-wir-und-das-ist-auch-gut-so.

Diese Funktion des Fußballs kann sich nur entfalten, wenn das fußballerische Großereignis seine Fähigkeit beweist, die gespannte Aufmerksamkeit am Sport selbst bei nur schwach interessierten Kräfte zu wecken. Bezahlfernsehen bedeutet aber, dem Ereignis nicht nur Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen, sondern auch noch Bargeld. Dadurch wird der Kreis der Interessierten nicht nur kleiner, sondern auch scharfrandig. Das Band, wodurch das sportliche Ereignis mit dem Lebensgefühl einer ganzen Bevölkerung verflochten wird, zerreißt.

Der Versuch der Kirchgruppe, ein Auführungsmonopol für das fußballerische Mysterienspiel zu kriegen, hätte die Identifikation der breitesten Masse mit dem Sportereignis gestört. Ganz ähnlich, wie wenn man versuchen wollte, beim Oktoberfest Eintritt zu nehmen: Viele

gingen einfach nicht mehr hin.

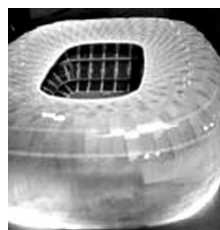
Der FC Bayern, die Stadt München und die Hoffnung auf den Hexenkessel

Das Stadion ist der Ort, an dem die Verschmelzung von Publikum und Aktiven sinnfällig wird. Das Stadion ist für die werbende Wirtschaft interessant, weil es durch den massenhaften, unmittelbar emotionalen, durch keine Problematisierung gestörten erregten lauten Gleichklang seelischer Prozesse bei gleichzeitig erzwungener Untätigkeit und völliger Unmöglichkeit, auf den Gang der Dinge einzuwirken, das Innere der Zuschauer nach Außen kehrt und zugänglich macht. Die schwach(sinnig)en Botschaften der werbenden Wirtschaft sollen sich im Kontext der Erregung durch das Spielgeschehen einbrennen. Ob dies nachrechenbar so funktioniert, kann, wie oben schon gesagt, bezweifelt werden. Solange die werbende Wirtschaft aber an solche Zusammenhänge glaubt und dafür zahlt, streben die Vereine nach Stadiongestaltungen, die diesem Zweck dienen. Der FC Bayern München plant zur Zeit an einem Stadion, das alles bisher da gewesene in den Schatten stellen soll.

Es wird ein halbdurchsichtiger Kunststoffkäfig, dessen einzelne Segmente man in schnellen Wechsels und verschiedenen Farben leuchten lassen kann und das auf diese Weise ausdrückt, dass Auftraggeber und Architekten vom Zweifel an der erregenden Kraft des Spiels angefressen sind.

Ob man dieses Stadion wolle, war der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt worden, eine große Mehrheit war unter der Bedingung dafür, dass die Vereine die Kosten für das Stadion tragen, während die Stadt die Erschließungskosten übernimmt.

Und wer zahlt, wenn das Gefüge von Werbefernsehen, Bezahlfernsehen, Auführungsrechten, kracht, wenn sich heraussellt, dass sich die Ersteigerer von Auführungsrechten, Spitzensportlern, Werbezeiten in ihren Spekulationen verstiten haben?



Fazit:

Wenn es, wie es ja sogar in einer reichen Stadt wie München gegeben ist, so vielen Menschen an gesunder Nahrung, an ausreichender Wohnung, an Bildungsmöglichkeiten und Infrastruktureinrichtungen fehlt, sind Spekulationen, die sich auf so abgefahrene Bedürfnisse wie die Kultivierung des Verkehrstodes durch die Formel 1 spitzt, auch geschäftlich problematisch.

maf

Südkurdistan

Partei der demokratischen Lösung in Kurdistan gegründet

Am 3. April meldete Özgür Politika die Gründung der Partei der demokratischen Lösung in Kurdistan (Südkurdistan). An dieser Gründung sind die südkurdischen Organisationen PUK und KDP nicht beteiligt. Stellungnahmen dieser Organisationen liegen bisher nicht vor. Wir dokumentieren die (aus Platzgründen stark gekürzte) Gründungserklärung. (Übersetzung aus dem Englischen: IS-KU, Informationsstelle Kurdistan)

(...)

Nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak, dem zweiten Golfkrieg und den großen Volksaufständen im Frühjahr 1991 entstand eine neue Situation im Irak und in Südkurdistan. Über den Irak wurden Wirtschaftssanktionen verhängt, das irakische Regime wurde von der internationalen Gemeinschaft isoliert und in Südkurdistan wurde eine Schutzzone eingerichtet. Während der letzten 10 Jahre wurde kein Problem in dieser Region gelöst. Der Irak hat zwei Möglichkeiten; entweder er verwirklicht die notwendigen Demokratisierungen und Veränderungen oder er wird früher oder später zusammenbrechen.

In den letzten zehn Jahren gab es die große Chance, in Südkurdistan eine Lösung für die unbeantwortete kurdische Frage zu finden. Auf Grund des dort herrschenden Feudalismus wurde diese Chance nicht genutzt. Südkurdistan ist nun mit Teilung und Zersplitterung konfrontiert. Interne Kämpfe waren entscheidend, und die kurdische Frage blieb weiterhin ungelöst.

Die dominierenden politischen Parteien lähmten die Möglichkeit einer Demokratisierung. All die unbeantworteten Fragen erreichten eine neue Dimension; alle Hoffnungen wurden zerstört. Die Menschen haben begonnen, Südkurdistan zu verlassen, und eine große Zahl von ihnen ist auf dem Weg in andere Länder. Diese chaotische Situation hat zu Unsicherheit geführt und es ist zu befürchten, dass diese historische Chance vergeben wird.

Wir leben in einer Zeit, in der internationale Normen von Demokratie und Menschenrechten sich durchgesetzt haben. Die Welt bewegt sich auf eine neues System zu. Unter solchen Bedingungen sind die Veränderungen dieser Staaten und politischen Systeme lebensnotwendig.

Der Mittlere Osten, gerade der Irak, ist weit entfernt von der Lebensrealität der Völker der Region und von den Errungenschaften der heutigen Zeit. Deshalb sind demokratische Veränderungen notwendig und der einzige Weg, um aus der jetzigen Sackgasse herauszukommen. In

der gesamten Geschichte des Irak, besonders in den letzten zehn Jahren, ist klar geworden, dass sich die gesellschaftlichen Probleme nicht durch Nationalismus lösen lassen. Nationalistische Politik kann in eine Krise führen, die mit dem Palästina-Israel Konflikt vergleichbar ist. Aus diesem Grund ist die einzige Option zur Lösung der kurdischen Frage sowie aller den Irak betreffenden Probleme eine umfassende Demokratisierung.

Da ein Angriff auf den Irak bevorsteht, ist es notwendig, dass die Völker des Iraks eine demokratische Lösung selbst voranzutreiben. Veränderung und Wechsel sind die einzige Option im Irak, selbst wenn sie von äußeren Mächten bestimmt werden.

In der jetzigen Situation müssen wir die Probleme vollständig erfassen – im Besonderen die kurdische Frage bezüglich ihrer Entstehung.

Während des vergangenen Jahres war die Bewegung an organisatorischen, gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten beteiligt und konnte einige Schritte unternehmen, um die Massen zu erreichen. All die vorher diskutierten Bedingungen wurden auf dem ersten Kongress, der vom 3. – 15. März abgehalten wurde, diskutiert. Als Ergebnis stellte sich die Gründung einer politischen Partei heraus. Die Delegierten des Kongresses entschieden daher, eine neue Organisation unter dem Namen Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan auszurufen.

Unsere Partei, die Partei der Demokratischen Lösung in Kurdistan, wurde als notwendiger Faktor für das Leben im Irak und in Südkurdistan gegründet, um Lösungen für alle den Irak betreffenden Probleme zu finden und um der herrschenden Unsicherheit und Lösungslosigkeit ein Ende zu setzen. Unser Hauptziel ist die Errichtung eines pluralistischen, demokratischen Irak und eines freien Kurdistan. Fundament dafür ist eine rechtlich gesicherte demokratische Föderation der Provinzen. Sie soll auf der freiwilligen Einheit der irakischen Völker und einer demokratischen Lösung, ohne Veränderung der jetzigen politischen Grenzen, basieren. Auf diesem Wege könnten die kurdische Frage und die anderen Probleme des Irak gelöst werden. Das Recht auf Meinungsfreiheit ist dafür Grundvoraussetzung.

Unsere Partei sieht die politische und demokratische Methode als bestes Mittel an, das Bewusstsein der Massen zu erweitern und die Gesellschaft zu einer Sicherung des Friedens zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir einen Schwerpunkt auf den Kampf für demokratische Organisationen innerhalb der Gesellschaft und des Staates setzen. Gleichzeitig behält sich unsere Partei angesichts jeglicher Angriffe und Aggressionen gegen unser Volk das Recht auf Selbstverteidigung vor. Zu diesem Ziel organisiert sie die „Nationalen Verteidigungs-

kräfte“, HBN.

Frauen sind aufgrund ihrer Geschlechterrolle die am meisten ausgebeuteten in der Gesellschaft. Sie stellen die Mehrheit. Ihr Potenzial ist bislang noch nicht an die Oberfläche gelangt. Frauen sind von Natur aus enger mit Frieden, Freiheit und Gleichheit verbunden. Sie sichern die Schwesterlichkeit zwischen den Völkern der Region. Unsere Partei vereint die nationalen, Klassen- und Geschlechterkämpfe.

Neben den Frauen ist die Jugend eine dynamische Kraft für die demokratische Veränderung. Sie kann eine herausragende Rolle in diesem Kampf spielen. Unsere Partei weist ihr eine besondere Rolle zu. Wir sind eine Volkspartei, die Menschen allen Alters einschließt.

Wir betrachten die Arbeiter als Hauptsäule des Kampfes. Wir sehen eine besondere Bedeutung in der Rolle der Intellektuellen, Lehrer und Händler in der Gesellschaft. Wir betrachten die Macht des Volkes als ein Prinzip. Beispiellos in der kurdischen Geschichte sehen wir die Behörden als Domäne des Volkes.

An alle Kräfte, die sich für eine demokratische, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte, patriotische Entwicklung einsetzen!

Die historische Verantwortung und die derzeitige Situation machen es nötig, dass die interne Entwicklung der irakischen und südkurdischen Gesellschaft die möglichen Veränderungen im Irak berücksichtigt und das jeweilige Handeln daran angeglichen wird. Dafür ist es notwendig, dass die Einheit der Bevölkerung, von Gruppen, Organisationen und Kräften realisiert wird, anstatt sich auf Kräfte aus dem Ausland zu verlassen. Unsere Partei vertritt eine gegensätzliche Option zum Einparteiensystem, engstirniger Partei-Politik, Regionalismus und eigennütziger Vetterwirtschaft. Anstatt Militarismus streben wir ein kulturreiches Leben an. Unsere Partei betrachtet kulturelle Vielfalt als Reichtum. Anstatt sich gegenseitig zu negieren und zu bekämpfen, lehnen wir Wettbewerb und Konkurrenz als Prinzip ab. (Unterschiedlichkeit bedeutet Reichtum.) In diesem Sinne fordern wir alle Organisationen, Kräfte und Fraktionen auf, sich gemeinsam an diesem historisch notwendigen Prozess zu beteiligen. Das ist nötig, um die Probleme der Bevölkerung und der Gesellschaftsentwicklung zu lösen. Das angesprochene Feld sollte nicht den monopolistischen Kräften überlassen werden.

An unsere mutige Bevölkerung im Süden Kurdistan!

Unsere Bevölkerung war jahrelang einer chaotischen Situation, Unterdrückung und Leiden aller Art ausgesetzt. Trotz des Genozids hat unser Volk entschlossen gehandelt und niemals aufgegeben.

Nach dem historischen Aufstand im März 1991 war die größte Hoffnung und

das größte Anliegen der Bevölkerung, Freiheit und Gleichberechtigung in jeder Art zu erlangen. Durch die landesinternen Konflikte und die tiefe Krise wurde die Erfüllung dieser Erwartungen unmöglich. In den letzten zehn Jahren erlebte unser Bevölkerung mehrere Rückschläge und konnte aufgrund der vorherrschenden Interessen und Verhältnisse nicht adäquat agieren und reagieren. Die Situation verschlimmerte sich von Tag zu Tag, die Menschen wurden entfremdet, hoffnungslos und unentschlossen. Die Menschen können diese Situation nicht mehr ertragen. Sie können nicht akzeptieren, dass ihre Probleme unbeachtet und ungelöst bleiben.

Die einzige Möglichkeit des Volkes ist, eine Lösung in Frieden und Freiheit zu fordern. Unser Volk wird seinen Teil dazu beitragen.

Unsere Partei repräsentiert den Willen der Bevölkerung und wurde gegründet, um dessen Forderungen und Interessen durchzusetzen. Der Kongress der Partei-Gründung fand im März statt. März ist der Monat in dem die kurdische Bevölkerung das Märtyrertum von Halabja erlebte; in dem der glorreiche Aufstand 1991 stattfand; in dem Newroz, der Tag und das Symbol der Einheit der Bevölkerung der Region stattfindet. Unsere Partei hat sich gegründet, um den Genozid zu beenden, um ein weiteres Halabja zu verhindern, um die Errungenschaften des kurdischen Aufstandes zu bewahren und zu entwickeln und um Newroz als eine Festlichkeit des Geistes der modernen Zeit wieder zu etablieren.

Unsere Partei hat sich gegründet, um die Freiheit der Kurden zu sichern und den Weg aller Völker der Region zu Freiheit und Demokratie zu ebnen. Sie wird eine Brücke zur Geschwisterlichkeit aller Völker sein. Unsere Partei berücksichtigt die Beziehungen und Verbindungen aller KurdInnen in allen kurdischen Gebieten und betrachtet die nationale Einheit als einen Eckpunkt der freiwilligen Vereinigung aller Völker der Region.

Wir glauben, dass unser Volk immer bereit war Kompromisse einzugehen und Opfer zu bringen um seine Interessen zu wahren. Es ist mit seiner gesamten Kraft bereit dazu. Das Volk wird sich zu einer starken Kraft im Kampf um die Demokratisierung entwickeln. Auf diesen Prinzipien beruhend verpflichtet sich unsere Partei, den Weg der Bevölkerung zu begleiten und zu erhellen. Was auch immer passiert, werden wir Menschen auf ihre Interessen aufmerksam machen und sie dazu befähigen sich zu organisieren. Wir bemühen uns die Quelle der Lösung zu sein, die Hoffnungen unseres Volkes zu erfüllen und den Weg der MärtyrerInnen weiterzugehen. Wir vertrauen auf die Kraft des Volkes, um siegreich zu sein.

(...)

Partei der demokratischen Lösung in Kurdistan

2. April 2002

Israels Überwältigungskrieg

Mit der militärischen Offensive gegen die palästinensischen Autonomiegebiete hat Israel eine neue Phase des Bürgerkrieges eingeleitet, die in ihren Folgen für die palästinensische wie für die israelische Gesellschaft noch nicht abzusehen sind.

Einmarsch mit amerikanischer Deckung

Am 27. März schrieb die *Süddeutsche Zeitung*: „Israelische Medien berichten in diesen Tagen, Sharon halte einen Plan in der Schublade bereit, für den Fall, dass die Friedensmission des US-Sondergesandten Anthony Zinni scheitern sollte. (...) Der Plan sieht einen Großangriff der Armee auf palästinensische Städte und Dörfer vor, der noch massiver sein soll als der vor zwei Wochen, bei dem mindestens 100 Palästinenser getötet worden waren. Sollte die Zinni-Mission fehlschlagen, prophezeien Israels Medien unter Berufung auf Informationen aus dem Regierungslager, würden „Gewalt und Krieg in bislang nicht bekanntem Ausmaße herrschen“.“

An diesem 27. März hatte Zinni seine Mission praktisch schon für gescheitert erklärt. (SZ, 28.3.) Seine Vorschläge enthielten zwar die Forderung nach einer Waffenruhe, ohne aber konkrete Perspektiven für einen politischen Dialog über den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten anzubieten.

An diesem 27. März begann in Beirut das Gipfeltreffen der Arabischen Liga ohne Arafat, dessen Rückkehr in die Autonomiegebiete Israel nicht garantiert hatte. Die Arabische Liga verabschiedete im weiteren Verlauf eine Erklärung, mit der sie sich den saudischen Friedensplan trotz gewisser Interessenunterschiede in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge zu eigen machte: Die arabischen Staaten akzeptieren Israel als Teil der nahöstlichen Region, wenn Israel sich aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückzieht, einen palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennt und einer gerechten Lösung der Flüchtlingsfrage zustimmt. Die israelische Regierung wies den Plan postwendend als „Rohrkrepierer“ zurück.

An diesem 27. März sprengte sich ein Palästinenser in einem Hotel in Netanja, Israel, in die Luft und tötete 22 Menschen (insgesamt kamen im März 120 Israelis um). Tags darauf setzte die israelische Regierung ihren Plan zum Großangriff auf die palästinensischen Autonomiegebiete in Kraft. Seither hat die israelische Armee zahlreiche palästinensische Städte und Ortschaften besetzt, die Militäroperationen werden ständig verstärkt, die Mobilisierung der Reservisten immer noch ausgeweitet. In Israel ist von der „Endrunde“ in den israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen die

Rede. (FAZ, 2.4.) Hunderte Palästinenser wurden bis heute getötet, nicht nur bewaffnete Kräfte, die dem Einmarsch Widerstand entgegensetzten, sondern auch viele unbewaffnete Zivilisten.

Mit der Entsendung seines Gesandten Zinni habe der US-Präsident den Bürgerkrieg stoppen wollen, um sich durch Ruhe an dieser Front in der arabischen Welt Stillhalten für einen Angriff auf den Irak zu erkaufen. Mit dieser halboffiziellen Lesart der Zinni-Mission hatten die USA im März bei vielen Menschen den Eindruck erweckt, dieses Mal ernsthaft auf eine Waffenruhe als ersten Schritt zum Frieden hinwirken zu wollen. Im Rückblick wird deutlich, dass die USA stattdessen dem israelischen Einmarsch in die Autonomiegebiete gezielt Deckung gegeben haben. Während die israelische Regierung den saudiarabischen Friedensplan offen verhöhnte, erhöhte die US-Regierung durch Zinni den Druck auf die Palästinenser. Als die israelische Armee in die palästinensischen Gebiete eindrang, schwiegen die USA. Als Bush dann sprach, erklärte er ausdrücklich Arafat – der von Israel zum „Feind“ erklärt, belagert und total isoliert worden war und über dessen Tötung offen spekuliert wurde – zum Schuldigen. Er sanktionierte Israels Angriff auf die Autonomiegebiete als „Recht auf Selbstverteidigung“, und vor allem vermied er, ausdrücklich den sofortigen und unbedingten Rückzug der israelischen Truppen zu fordern. (Die Rede ist in deutscher Übersetzung unter www.friedensrat-schlag.de zu finden.) Der israelische Generalstabschef Mofas reagierte mit der Ankündigung, dass die Armee noch mindestens vier Wochen brauche, um die Ziele der erneuten Besetzung der palästinensischen Städte zu erreichen. Als Zinni jetzt erneut die Region bereiste, forderte er von den Palästinensern – währenddessen Israel eine zweite Zusammenkunft Zinnis mit Arafat unterband und die palästinensische Delegation an der Fahrt von Ramallah nach Jerusalem hinderte – die Durchsetzung einer Waffenruhe und Massenverhaftungen, obwohl die israelische Armee noch die Städte besetzt hält, ohne den Abzug Israels zu fordern und ohne politische Verhandlungen anzubieten. (NZZ, 8.4.) US-Außenminister Powell, der am Montag zu einer Nah-Ost-Reise aufbrach, hat sich noch nicht einmal darauf festgelegt, mit Arafat sprechen zu wollen. (Welt, 9.4.)

Ziele des Einmarsches

Mit der Ausschaltung Arafats, ein erklärtes Kriegsziel, wolle sie die Perspektive für Verhandlungen mit „gemäßigten Palästinenserführern“ eröffnen, lässt die israelische Regierung verlauten. Entge-



Von oben nach unten: Der erste Angriff gilt der palästinensischen Autonomiebehörde. Trotz der überwältigenden militärischen Überlegenheit stößt die israelische Invasionsarmee auf anhaltenden bewaffneten Widerstand. Menschenrechtsorganisationen werfen Israel Exekutionen vor.

gen dieser Kriegspropaganda würde Israel mit der Ausschaltung Arafats jedoch den derzeit einzigen politischen Repräsentanten der Palästinenser beseitigen, der bereit und als Symbolfigur des jahrzehntelangen palästinensischen Befreiungskampfes legitimiert ist, den Konflikt durch Verhandlungen zu beenden, der also auch in der Lage wäre, die Anerkennung legitimer Interessen Israels durchzusetzen, wenn Israel seinerseits die legitimen Interessen der Palästinenser anerkennt: die Gründung eines palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und den Rückzug auf die Grenzen von 1967, einschließlich der Räumung der Siedlungen in den palästinensischen Gebieten.

Das aber ist der Kern des Scheiterns des Friedensprozesses und der Eskala-

tion der Auseinandersetzungen zum Bürgerkrieg: Die israelische Politik hat insbesondere mit der Landnahme jenseits der Grenzen von 1967 auch „nach Oslo“ nie gebrochen. Ein mächtiges Bündnis von ultranationalistischen und fundamentalistischen Kräften will die Annektierung der 1967 besetzten Gebiete und die Vertreibung oder völlige Entrechtung der dort lebenden Palästinenser. Der Eindruck drängt sich auf, dass Scharon als Führer dieses Bündnisses Ende März seine Stunde zum Handeln gekommen sah.

Es gibt Berichte, wonach auch hohe israelische Offiziere vor der weiteren Eskalation gewarnt haben sollen: welche politische Perspektive Israel den über drei Millionen Palästinensern nach einem militärischen Sieg bieten wolle?

Die israelische Kriegsführung lässt die Antwort ahnen. Sie zielt darauf ab, die politische Selbstverwaltung der Palästinenser und ihre Existenzbedingungen zu zerstören. Die Autonomiebehörde existiert nicht mehr. In den besetzten Gebieten ist für Hunderttausende Palästinenser die Versorgung mit Strom und Wasser unterbrochen. Nahrungsmittelvorräte werden knapp, ebenso Medikamente. Telefonleitungen sind gekappt. Rundfunk- und Fernsehanstalten wurden zerstört, auch ausländische Journalisten werden bedroht und eingeschüchert. Die israelische Armee unterbindet mit Gewalt die medizinische Versorgung von Verletzten und Kranken; sie greift selbst Krankenhäuser und Rettungswagen an. Die belagerten Städte und Flüchtlingslager sind abgeriegelt. Die Angriffe bringen alles öffentliche Leben zum Erliegen. Menschenrechtsorganisationen, auch israelische, werfen der Besatzungsarmee Plünderungen, Folterungen und Hinrichtungen vor. (ftd, 7.4.) Der Angriff soll, so scheint es, den Palästinensern mit aller Brutalität vor Augen führen, wie ohnmächtig und in ihren einfachsten Lebensäußerungen abhängig von Israel sie sind. Das versteht Scharon unter Vernichtung der „Infrastruktur des Terrors“: den Überwältigungssieg Israels über die palästinensische Gesellschaft. Eine „politische Perspektive“ für die Palästinenser braucht es nach dieser Vorstellung nicht.

Auch Israel zahlt den Preis

Eine politische Perspektive aber bietet dieser Überwältigungskrieg auch für die israelische Gesellschaft nicht. Das lässt sich nicht zuletzt an den

Wirtschaftsdaten ablesen. Noch 2000, bis zu Beginn der Intifada, verzeichnete Israel eines der besten Jahre in seiner Wirtschaftsgeschichte. Aufgrund vor allem des anhaltenden Bürgerkrieges brach die Wirtschaft im folgenden Jahr regelrecht ein, 2001 war nach 1953 das bisher schlechteste Jahr. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf sank um 2,8%. Der Exportrückgang belief sich auf 13% – die steilste Abnahme, die je in einem einzigen Jahr notiert wurde. Das Handelsbilanzdefizit verdoppelte sich auf 2,8 Mrd. \$. Nach jahrelang stabilen Preisen zeichnet sich erstmals wieder, wenn auch mit 1,1% noch schwach, eine Inflation ab. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 10,2% am Jahresende. Die Investitionen gingen um ca. 8% zurück. Nicht zuletzt ziehen sich ausländische Investoren zurück; die rund 450 ausländischen Konzerne, die in Israel investiert haben, darunter überwiegend US-amerikanische, haben einen erheblichen Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Während die High-Tech-Branche, eine der vormals großen Wachstumsindustrien, hauptsächlich durch die Krise auf den Weltmärkten betroffen ist, spüren andere Wirtschaftszweige unmittelbar die Folgen des Bürgerkriegs. Die Touristenzahlen reduzierten sich von einst monatlich 150.000 bis 180.000 auf rund ein Drittel. Die Industrien, die von Exporten

ein Fünftel des Jahreshaushalts dar: mehr als 8 Mrd. \$. Die Armeestärke beläuft sich, vor der gegenwärtigen Mobilisierung, auf ca. eine halbe Million Männer und Frauen. Jetzt werden Zehntausende Reservisten mobilisiert. Das zahlt die Gesellschaft mit weiterer Reduzierung der Wirtschaftstätigkeit bei gleichzeitig steigenden Militärausgaben.

Wie hoch die Kosten bei andauernder Besetzung der palästinensischen Territorien und der Überwältigung der palästinensischen Gesellschaft sein werden, vermag kein Mensch abzuschätzen.

Die israelische Friedensbewegung

Ermutigend sind die Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung, die den Kampf gegen eine die öffentliche Meinung beherrschende Angriffsstimmung führen muss und sich auch durch wachsende Repression nicht mundtot machen lässt. Die Bewegung der Verweigerer, immer noch eine sehr, sehr kleine Minderheit, erhält nach wie vor Zulauf von Soldaten aller Waffengattungen. Jetzt haben sogar ein U-Boot-Major der israelischen Nuklearstreitkräfte und der Kapitän eines Raketenbootes den Dienst in den besetzten Gebieten verweigert, bemerkenswert, weil sich die Kampagne erstmals auf die Seestreitkräfte ausgeweitet hat, die zwar nicht unmittelbar an der Besetzung beteiligt, jedoch für die Seeblockade Gazas zuständig sind. Bemerkenswert auch deshalb, weil die Besatzungen der U-Boote mit Nuklearsprengköpfen besonders gründlich ausgewählt wurden. Beide Seeoffiziere wurden Anfang April zu 28 Tagen Militärhaft verurteilt, ebenso mehr ein Dutzend weiterer Soldaten verschiedener Dienstgrade und Waffengattungen. Die antimilitaristische Organisation Yesh Gvul berichtet (*Indymedia Israel*), dass derzeit rund 30 Verweigerer in Militärgefängnissen inhaftiert sind, so viel wie noch nie, nicht einmal auf dem Höhepunkt des Libanon-Krieges.

Auch sonst entfaltet die Friedensbewegung viele Aktivitäten. Aktivistengruppen versuchten, wenn auch ohne Erfolg, die Blockade Ramallahs zu durchbrechen und Medikamente und Lebensmittel zu bringen. Nur einer kleinen Gruppe Frauen gelang es durchzukommen. Sie unterstützen vor Ort die humanitäre Versorgung der Bevölkerung. Einige tausend jüdische und palästinensische Israelis demonstrierten an den Checkpoints A-Ram und Kalandia, aufrufen von Ta'ayush, einer israelisch-palästinensischen Organisation, und Gush Shalom, der radikal linken Friedensorganisation, der bekanntester Aktivist Uri Avnery ist. (*Indymedia Israel*) Am vergangenen Wochenende versammelten sich mehrere tausend Menschen – die Angaben schwanken zwischen 7 000 und 20 000 – in Tel Aviv, um gegen die israelische Okkupation und gegen bekannt gewordene Kriegsverbrechen der israelischen Armee im Flüchtlingslager Jenin zu demonstrieren.

scc



Demonstration in Tel Aviv

in die palästinensischen Gebiete abhängig sind, erlebten ebenso einen Einbruch wie die Landwirtschaft und der Bausektor, die sich der billigen palästinensischen Arbeitskraft bedient hatten und jetzt von der weitgehenden Abriegelung der Autonomiegebiete betroffen sind.

Für 2002 waren die Prognosen auch vor dem Einmarsch Ende März nicht günstiger. Vor allem wird mit dem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet. Die Reduktion der Steuereinnahmen 2001 wird sich 2002 fortsetzen, sie wurde kürzlich für dieses Jahr auf 2 Mrd. \$ veranschlagt. (NZZ, 6.4., *haGalil onLine* 28.10.01)

Die jüngste Entwicklung wird die Prognosen noch einmal drastisch verschlechtern.

Ohnehin stellt der Rüstungshaushalt

BERLIN. Während der Ostertage fanden in 70 Städten die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung statt. (Bild: Berlin). Zehntausende Menschen wandten sich entschieden gegen Krieg und Terrorismus, demonstrierten für nichtmilitärische Konfliktlösungen überall auf der Welt, für Abrüstung, Gerechtigkeit und internationale Solidarität. Die Ankündigung weiterer Kriege durch US-Präsident Bush – auch unter Einsatz von Atomwaffen – trug zu einer regeren Beteiligung, insbesondere unter jüngeren Menschen bei. Neue Friedensinitiativen kamen kurzfristig zu den seit Jahren arbeitenden Basisgruppen hinzu. Die Einsicht hat sich weiter verbreitet, dass der notwendige Politikwechsel den demokratischen Druck der Friedensbewegung erforderlich macht, die als eigenständige Kraft ihre Unabhängigkeit zu wahren hat. Willi van Ooyen, Sprecher der bundesweiten Infostelle Ostermarsch 2002, verwies darauf, dass sich die Friedensbewegung mit den Großdemonstrationen vom 13. Oktober des letzten Jahres als Massenbewegung zurückgemeldet habe. Das werde sich auch bei den geplanten Aktionen aus Anlass des Bush-Besuches am 21./22. Mai deutlich zeigen. Die uneingeschränkte Solidarität mit der Kriegspolitik Washingtons müsse schnellstens aufgegeben werden. www.friedenskooperative.de



Bild: www.arbeiterfotografie.com

10.000 protestierten am 6.4. gegen den NPD-Aufmarsch in Leipzig

LEIPZIG. Auszüge aus einer Tageschronik geben einen Eindruck von der breiten Aktion, auch wenn Polizeieinsätze gegen den großen Demonstrationzug und gegen Aktionen des Schwarzen Blocks nicht genannt werden.

9.00 Uhr: Einsatzkräfte der Polizei beginnen mit Personenkontrollen.

11.05 Uhr: In der Nikolaikirche versammeln sich mehrere hundert Menschen zu einem Gottesdienst gegen Rechte Gewalt, zu dem Pfarrer Führer aufgerufen hat. Die Kirche ist so voll, dass nicht alle Besucher hineinpassen.

11.40 Uhr: Vor der Nikolaikirche startet eine Gegendemonstration in Richtung Hauptbahnhof über die Goethe-Straße. Mehrere Hundert Demonstranten haben zahlreiche Transparente und Schilder dabei mit Aufschriften wie „Gegen die braune Verblödung“. Einige werfen mit Konfetti und haben Lachsäcke dabei, um so den Nazi-Aufmarsch ins Lächerliche zu ziehen.

12.10 Uhr: Der Demonstrationzug erreicht den Hauptbahnhof. Zwischen der Ost- und Westhalle hat der DGB eine Bühne aufgebaut. Inzwischen ist die Zahl der Demonstranten auf über Tausend angewachsen.

12.20 Uhr: Auf der Bühne vorm Hauptbahnhof sagt Pfarrer Führer: „Es reicht nicht, mit Konfetti zu werfen. Man muss die Wurzeln des Rechtsradikalismus in der Gesellschaft beseitigen.“ In Anschluss spielt die Rockband „Cäsar“. Die Leipziger Verkehrsbetriebe haben den so genannten Anti-Gewalt-Zug vorm Bahnhof aufgeföhren, eine alte Straßenbahn, in der Filme gezeigt werden.

13.00 Uhr: Von Polizeifahrzeugen begleitet fährt eine Kolonne aus hundert Motorrädern durch Leipzig, die ebenfalls damit gegen den Neonazi-Aufmarsch demonstrieren wollen.

13.05 Uhr: Inzwischen warten auf der Ostseite des Hauptbahnhofes rund 350 Rechte auf den Beginn ihres Zuges zum Völkerschlachtdenkmal. Weitere 100-150 warten auf ihre Kontrolle. Die Polizei hat den Ostvorplatz komplett abgesperrt und kontrolliert jeden auf Einhaltung der Auflagen für die Demonstration. Sämtliche Personendaten werden aufgenommen, viele Rechte werden einer Leibesvisitation unterzogen.

13.20 Uhr: Die Zahl der Gegendemonstranten ist nach Angaben der Stadtverwaltung auf rund 10.000 angewachsen.

13.30 Uhr: Autonome Gegendemonstranten werfen in der Innenstadt Steine gegen Schaufensterscheiben. Laut Polizei gehen dabei neun Scheiben zu Bruch. Ein Autonome wird festgenommen.

14.20 Uhr: Noch rund 100 Rechte warten auf ihre Kontrolle durch die Polizei. Die Gegendemonstration vor dem Hauptbahnhof ist beendet. 800 sind nach Angaben des Bundesgrenzschutzes bereits kontrolliert.

15.10 Uhr: Auf einer Bühne an der Goe-



thestraße beginnt das Festival „Jugend ist bunt“. Jugendorganisationen der Stadt, darunter die Jusos haben das Programm in eigener Initiative organisiert. 18 Bands und Gruppen sollen insgesamt auftreten.

17.00 Uhr: Nach stundenlangem Warten darauf, dass alle Rechten kontrolliert sind, beschließt Worch, den Zug zum Völkerschlachtdenkmal nicht mehr zu starten. Die Rechten bleiben auf der Ostseite des Hauptbahnhofes sitzen.

<http://de.indymedia.org>

Offener Brief an den Kanzler anlässlich des Bush-Besuchs im Mai

MARBURG, LAHN. Der Offene Protestbrief soll in der Woche vor dem Bush-Besuch als Anzeige veröffentlicht werden. Darin heißt es u.a.: „Diese US-Politik, die einseitig auf die Verfestigung und Durchsetzung machtpolitischer Überlegenheit der Weltmacht gerichtet ist, kann keine „uneingeschränkte Solidarität“ erfahren, Herr Bundeskanzler! Sie erfordert den schärfsten Protest. Deutschlands Rolle darf nicht darin bestehen, im Fahrwasser der Bush-Politik Bundeswehreinheiten weltweit einzusetzen. Deshalb erwarten wir von Ihnen auch den sofortigen Rückzug der kämpfenden Truppe aus Afghanistan und der deutschen Soldaten aus den Kriegsaufmarschgebieten der USA. Friedenspolitik muss sich orientieren an den Prinzipien: • Abrüstung und Konversion • Nachhaltigkeit zum Schutz der Umwelt • Ausbau des internationalen Völkerrechts und Stärkung der Internationalen Institutionen • Abbau des Nord-Süd-Gefälles, Überwindung von sozialer Unterversorgung • Dialog der verschiedenen Zivilisationen und Religionen. Deutsche Politik muss Friedenspolitik werden!“ InitiatorInnen sind: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler * freier Zusammenschluss der studierendenschaften * Forum Friedenspsychologie – Bewusstsein

für den Frieden * Informationsstelle Wissenschaft und Frieden * Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen – Sektion BRD der IALANA * NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ * Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung in Ost und West * Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden * Paxforum für Friedenskultur.

FIB beim BdWi, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg / Lahn, Fax: (06421) 24654, E-Mail: fib.bdwi@bdwi.de

Demonstration am 25. Mai gegen Aufbau von Internierungslagern

MÜNCHEN. Die Münchner Gruppe der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen“ und der Bayerische Flüchtlingsrat rufen für den 25. Mai zu einer Demonstration in München auf:

„Die bayerische Regierung hat durch ihren Innenminister ein Projekt zur Einrichtung neuer Internierungslager für Flüchtlinge in die Wege geleitet, das im Sommer 2002 beginnen soll. Beckstein hat die Absicht, zuallererst Menschen, die momentan einen „Duldungs“-Status haben, in diese Lager einzuweisen. Was wird in diesen Internierungslagern geschehen? • Die Menschen müssen sich Befragungen in Gegenwart von BotschaftsvertreterInnen unterziehen, mit dem Ziel Reisepapiere für die Abschiebung auszustellen. • Den Personen wird eine regelmäßige behördliche Meldepflicht auferlegt; sie dürfen nicht arbeiten und haben nicht einmal Anspruch auf die 40 Euro, die der bayerische Staat ansonsten allen AsylbewerberInnen ohne Arbeitserlaubnis zugesteht; • Offiziell sind diese Lager keine Gefängnisse, aber der Unterschied ist nur sehr gering! Wenn sich eine Person weigert, in ein solches Internierungslager zu gehen, kann sie ohne weiteres Prozedere in Abschiebehäft genommen werden. Sagen wir NEIN zu diesen unmenschlichen Internierungslagern! Die Karawane verurteilt solche rassistischen Methoden, wir wollen freiere Behausungen anstatt Internierungslager!“

www.humanrights.de

Aufforderung an die WestLB: Kein Kredit für die Regenwaldzerstörung

MÜNSTER. Ein Bündnis aus Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen ruft zur Demonstration am 25. April gegen den Bau einer Ölpipeline in Ecuador auf, die von der WestLB maßgeblich finanziert wird. In ihrem Aufruf heißt es: „Das Projekt bedroht den Lebensraum Zehntausender Menschen in Ecuador, darunter viele indigene Völker, und einzigartige Regenwälder. Wirtschaftlich gerät Ecuador durch die geplante Pipeline immer tiefer in die Schul-



denfalle, weil die Profite aus den Ölexporten zu über 80% bei den privaten Betreibern verbleiben, während die geringen Mehreinnahmen des Staates ausschließlich in den Schuldendienst wandern. Dennoch wird das Land seine derzeit höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Südamerika mit Raubbau an der Natur nicht bewältigen können, wie die vergangenen 30 Jahre Ölförderung gezeigt haben. Die WestLB, Deutschlands größtes öffentlich-rechtliches Geldinstitut, steht an der Spitze eines Bankenkonsortiums, das mit einem 900 Millionen US-Dollar-Kredit den Bau der neuen Pipeline finanzieren will.“

www.regenwald.org

Bezirksregierung bekommt die rote Netzwerkkarte überreicht – eine problematische Aktion

DÜSSELDORF. Zum ersten mal in ihrer Geschichte riefen der Chaos Computer Club und die Online-Demonstrations-Initiative ODEM am 6. April zu einer Straßendemonstration auf, zu der rund 235 kamen. Unter dem Motto „Wegfiltern ist Wegschauen“ demonstrierten sie gegen den Versuch der Bezirksregierung Düsseldorf, den Internet-Nutzern in Nordrhein-Westfalen nur noch einen eingeschränkten Netzzugang zu ermöglichen. Auf großen Transparenten und Plakaten mit Schlagworten wie „Zensur: in China, Irak und NRW“, „Zensur ist kein Konzept“ machten die Teilnehmer ihren Ärger Luft. Die Demonstranten forderten auf Plakaten „Konzepte gegen Rechts statt Filter“ und „Bildern statt Filtern“. Dem durch das große Medienecho der Demonstration überraschten und kurzfristig angereisten Regierungspräsidenten Büssow der Bezirksregierung Düsseldorf wurde von den Demonstranten die „rote Netzwerkkarte“ als Mahnung der Zensurgegner überreicht.

Ursächlich sind Sperrungen von im Ausland gelagerten Webseiten, dessen Inhalte Anlass zu breiten gesellschaftlichen Debatten über Fremdenhass und rechtsradikale Strömungen in Deutschland sein sollten. Mit dem primitiven Versuch, derartige Inhalte für Internetbenutzer unsichtbar zu machen, werde allerdings die gesellschaftliche Realität eher geleugnet. „Die Herstellung eines Klimas von kultureller Akzeptanz und die Auseinandersetzung auch mit extreme Strömungen im Rahmen eines gesellschaftlichen Disputes sehen wir durch eine staatliche Filterung der Netzkommunikation gefährdet“ erklärte CCC Sprecher Andy Müller-Maguhn die Motivation der Veranstalter.

Mit den vielfältigen Initiativen, die unter der Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen, gegen die Veröffentlichung von Nazi-Seiten im Netz vorgehen, setzten sich die Initiatoren und Unterstützer vor ihrer Protestaktion offenbar nicht auseinander. So kommt es, dass der Sprecher der NRW

PDS, Knud Vöcking, den Aufruf zur Freischaltung von Faschistenseiten unterstützt, während z.B. das Kölner PDS-Ratsmitglied Detjen an die Firma Puretec erst am 2.4. wie folgt schreibt: „Mit Bestürzung habe ich festgestellt, daß die Internetseite www.Nationaler-Sturm-Köln.de über Ihren Provider läuft. Auf dieser Seite wird auf besonders menschenverachtende Weise gegen jüdische Mitbürger gehetzt und der NSDAP und SA-Mann Horst Wessel verherrlicht. Außerdem wird im Zusammenhang mit einer geplanten Neonazi-Demonstration am 1. Juni 2002 zur ‚Rache‘ aufgerufen. Ich kann nur annehmen, dass sie wegen der Fülle, der von Ihnen ins Netz gestellten Internetseiten über den Inhalt dieser Seite nicht informiert sind und möchte Sie bitten dieses Machwerk von ihrem Server zu entfernen. Mit freundlichen Grüßen, Jörg Detjen, Mitglied im Rat der Stadt Köln.“

Wer versucht, durch die faschistische Hetze bedrohten Mitbürgern beizustehen, handelt bestimmt nicht als Zensor.

www.netzzensur.de, eigene Recherche

TSMA – Ein konspiratives Projekt der Neuen Rechten

POTSDAM. Die Studentischen Vertreter im Akademischen Senat der Universität Potsdam kritisieren massiv das Verfahren bei der Einrichtung des am 4. März 2002 gegründeten „Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs (TSMA)“ an der Universität Potsdam. „Die Strategie der Gründungsakteure ist durchsichtig“, erklärt der Senatsvertreter von der Grün-Alternativen Liste Nils Naber. „Es handelt sich hier offensichtlich um ein Projekt der ‚Neuen Rechten‘, die den zukünftigen Kurs der deutschen Außenpolitik wieder stärker an den USA orientieren wollen, sich für eine Aufrüstung der Bundeswehr und stärkere Rolle der NATO wünschen. Von Potsdams Boden soll wieder hegemoniale Interessenpolitik ausgehen. Berater wie Henry Kissinger lassen jedenfalls nicht auf einen zivilen Sicherheitspolitikstil schließen ... Sollte der Rektor eine Eingliederung des TSMA in die Universität erwägen, kann er sich auf Widerstand gefasst machen. Die Studierendenschaft wird es sich zur Aufgabe machen die Ausrichtung des Zentrums zu zivilisieren. Abschaffen lässt es sich ja wahrscheinlich nicht!“

In der letzten Senatssitzung am 14. März 2002 wurde von den Studentischen Vertretern bereits beantragt, dem TSMA die Nutzung des Universitätssymbols auf ihrer Homepage www.tsma-potsdam.de zu untersagen. Es prangt dort in mitten des NATO-Sterns.

www.asta.uni-potsdam.de



Forderungen der Roma für Schutz und Sicherheit

ROMANE Aglonipe, Roma aus Niedersachsen e.V., c/o Kulturzentrum Pavillon,, Liste Meile 4, D- 30161 Hannover
Kontakt: Djevdet Berisa-Koops (1. Vorsitzender), Tel. 0171 – 181 50 26, Naser Zirneri (2. Vorsitzender), Tel. 0170 – 127 84 86, Fax 0511 – 318 06 15
www.nananet.de/romane-agionipe, romane.agionipe@pavillon-hannover.de

26.03.2002

An die Organisationen der Zivilgesellschaft in Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland

Die Forderung der Roma für Schutz und Sicherheit unterstützen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Roma-Gruppen in Niedersachsen, die sich seit Januar 2002 als Roma-Forum in Niedersachsen treffen, bereiten zur Zeit mehrere Aktivitäten vor, um gegen die geplante „Rückführung“ von Roma-Flüchtlingen nach Serbien und Montenegro – vielleicht sogar in den Kosovo – zu protestieren. Dabei hat es einen hohen Stellenwert für unseren Kampf um Menschenrechte, um Schutz und Sicherheit, die aktuellen Bedingungen des Lebens hier im Exil und die bedrohliche Situation im Kosovo und in Serbien und Montenegro breit bekannt zu machen.

Wir möchten Ihnen/Euch hiermit den Appell „Schutz und Sicherheit für Roma“ vom 26.3.2002 vorstellen. Mit Ihrer Unterstützung wird es gelingen, dem Appell soviel Nachdruck zu verleihen, dass unser Anliegen bei der Konferenz der Innenminister und -Senatoren Anfang Juni in Bremen Gehör finden wird. Wir bitten Sie/Euch, zu prüfen, ob Sie den Appell als Erstunterzeichner unterstützen können. Am Montag, 8. April 2002, soll der Appell mit den ersten Unterschriften öffentlich bei einer Protestaktion vorgestellt werden.

Darüber hinaus werden wir allen, die für den Appell Unterschriften sammeln können, Extra-Unterschriftenlisten zu-senden. Insbesondere bei den Veranstaltungen rund um den 1. Mai können wir auf diese Art und Weise mehrere Tausend Unterschriften gewinnen.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung und bedanken uns für Ihre/Eure Solidarität,
Djevdet Berisa-Koops

Appell zur Konferenz der Minister und Senatoren des Inneren (IMK), 5. bis 6.6.2002

Viele Roma mußten durch die Kriege in Jugoslawien, speziell den Kosovo-Krieg, aus ihrer Heimat fliehen. Zehntausende fanden Schutz in Westeuropa, auch in Deutschland. Seit dem Frühjahr 2002 leben viele Roma-Familien und -Kinder in Angst vor einer erzwungenen Rückkehr. Die deutschen Behörden planen offensichtlich, das Jahr 2002 zum Jahr der „Minderheitenrückkehr“ zu machen. Eine Delegation deutscher Innenminister hat Ende Februar 2002 den Kosovo besucht. Vorgesehen ist, Roma-Flüchtlinge nach Serbien und Montenegro zu schicken, möglicherweise auch diejenigen, die aus dem Kosovo stammen.

Die Unterzeichnerinnen des Appells warnen vor einer erzwungenen Ausreise der Roma-Flüchtlinge aus Deutschland. Sie erwarten von den zuständigen Behörden, die Rechte der Roma als Minderheit zu achten, ihren Schutz zu garantieren und vorrangig einen humanitären Umgang mit Roma-Flüchtlingen zu ermöglichen.

Die heutige Bundesrepublik Jugoslawien verpflichtet sich in einem Rücknahmeabkommen mit Deutschland, Roma einreisen zu lassen, selbst wenn sie nicht aus dem heutigen jugoslawischen Territorium geflüchtet sind. Die Projekte für rückkehrende Minderheiten scheinen aber noch nicht voran zu kommen (Informationsbüro der Dt. Caritas und Diakonie in Pristina, Monatsbericht Februar/März 2002).

Die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat im November 2001 beschlossen, daß die Länder „die Duldungen von Minderheiten aus dem Kosovo für weitere sechs Monate verlängern können“ (Pressemitteilung der IMK, 8.11.2001). Bei der Frühjahrskonferenz im Juni 2002 in Bremerhaven wird die IMK erneut über den Umgang mit Roma-Flüchtlingen und anderen Minderheiten-Angehörigen beraten. Nach den politischen Veränderungen in der Bundesrepublik Jugoslawien und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen wurde in deutsch-jugoslawischen Gesprächen seit Mitte 2001 darüber verhandelt, wie das Rücknahmeverfahren wieder in Gang gesetzt werden kann und wie insbesondere nicht-albanische Volkszugehörige aus dem Kosovo nach Serbien und Montenegro ausgewiesen werden können. Ein neues Rücknahmeabkommen wird seit Dezember 2001 ausgehandelt.

Vor einer Entscheidung, daß Roma-Flüchtlinge aus Deutschland ausreisen sollen, müssen Bedingungen hergestellt werden, die eine Rückkehr in Sicherheit

und Würde zulassen. Bei der manifesten Diskriminierung und alltäglichen Bedrohung der Roma als Minderheit in der Bundesrepublik Jugoslawien werden die deutschen Behörden Roma-Flüchtlinge in das Elend von Ghettos und Slums in Serbien oder Montenegro schicken.

Eine Rückkehr in den Kosovo ist nach Ansicht vieler Beobachter derzeit nicht möglich. Roma- und Menschenrechtsorganisationen warnen aktuell vor einer erzwungenen Rückkehr; in „Zur aktuellen Lage“ im Kosovo heißt es: „Noch immer werden Häuser von Roma, deren Wiederaufbau gerade erst begonnen hat oder die gerade fertiggestellt worden sind, abgebrannt (...)“ Noch gibt es keine Unterkünfte für diese Menschen und man weiß auch noch nicht wie die lokale Bevölkerung darauf reagieren wird.“ (Monatsbericht Februar/März 2002).

Das Vorhaben, Roma-Flüchtlinge zur Ausreise zu zwingen, ist nicht human. Die Flüchtlinge aus dem Kosovo – besonders, Roma – sind in Serbien mit einer sozialen und humanitären Katastrophe konfrontiert. Denn Roma sind in Serbien, Montenegro und dem Kosovo eine Minderheit ohne Stimme, sie werden in Serbien, wo die Demokratisierung der Gesellschaft gerade erst begonnen hat, und in Montenegro und dem Kosovo ausgegrenzt und als ethnische Minderheit diskriminiert. Rückkehrer müssen damit rechnen, auf massive Ablehnung zu stoßen und in absolute Verelendung gebracht zu werden. Für sie gibt es nur unzureichende Ernährung, kaum medizinische Versorgung, hohe Arbeitslosigkeit, keine soziale Fürsorge.

Das Memorandum „Minderheit ohne Stimme“ der GW vom Oktober 2001 stellt fest: Sowohl in humanitärer Hinsicht als auch mit Blick auf notwendige Schutzmaßnahmen gegen rechtsextremistische Banden und Skinheads werden Serbien und Montenegro menschenrechtlichen Anforderungen nicht gerecht. Eine Rückkehr Zehntausender weiterer Minderheitenangehöriger aus Deutschland würde zu einem Fiasko führen. Neben der katastrophalen humanitären und sozialen Lage der Roma in Serbien und Montenegro dokumentieren unabhängige Menschenrechtsorganisationen wie das Humanitarian Law Center (HLC) in Belgrad verschiedene Formen alltäglicher Diskriminierung: Anschläge, polizeiliche Willkürmaßnahmen, Aufrufe zum Haß gegen Roma, Übergriffe auf Roma-Kinder. Insbesondere die dokumentierten Vorfälle, bei denen Kinder Opfer von Übergriffen und Polizeiwillkür geworden sind, geben Anlaß zu allergrößter Besorgnis. Selten

wird gegen solche Übergriffe vorgegangen.

Unabhängige Beobachter konstatieren eine sehr gefährliche Lebenssituation für Roma im Kosovo und alltägliche Diskriminierung in Serbien und Montenegro. 50.000 bis 100.000 Roma-Flüchtlinge leben dort bereits heute in einer miserablen Situation. Zur Rückkehr gezwungene Roma Flüchtlinge aus Deutschland wären ein Spielball der Politik, ihr Weg ins Elend wäre programmiert.

Die minimalen Bedingungen, die die Roma des Kosovo fordern, lauten:

1. Demokratisierung des Kosovo
2. Ein Leben in Sicherheit und Würde
3. Normale Lebens- und Schulbedingungen für unsere Kinder
4. Rückgewinnung unseres Eigentums
5. Teilhabe an den kommunalen Dingen
6. Aufklärung über das Schicksal der nach dem Krieg im Kosovo vermissten Personen.

(Dr. med. Ibrahim Hasani, Vorstandsmitglied des Forum der Roma/ Askali aus dem Kosovo bei der GfbV, in einem offenen Brief an die Innenministerkonferenz, Januar 2002)

Die UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban (30.8-7.9.2001) brachte große internationale Aufmerksamkeit für die Lebensbedingungen der Roma international. Aus dieser Konferenz ergeben sich neue Anforderungen auch an alle europäischen Regierungen. Die Delegation der Roma forderte eine Anerkennung der Roma als „Nation ohne Territorium“ sowie die Einrichtung eines ständigen Forums bei den UN, um kontinuierliche Aufmerksamkeit für Roma-Angelegenheiten zu gewährleisten. Die Erklärung der NGO kritisiert insbesondere die Bundesrepublik Deutschland wegen der „Rückführung“ von Minderheitenangehörigen in den Kosovo. Bedeutsam ist die Forderung im Aktionsplan der Regierungen, wirksame Maßnahmen für eine volle Gleichberechtigung der Roma zu ergreifen, die erstmals international als Opfer von Rassismus und Diskriminierung bezeichnet werden. Insbesondere wird gefordert, konkrete Maßnahmen für die Beendigung der Diskriminierung zusammen mit den Roma zu ergreifen. (s. www.errc.org)

Wir verweisen darauf, daß nach dem Dayton-Vertrag und nach internationalem Recht für alle Kriegsflüchtlinge des ehemaligen Jugoslawien „eine Rückkehr in Sicherheit und Würde“ garantiert sein soll. Das gilt auch für die Roma-Flüchtlinge! Daher appellieren wir gemeinsam mit dem Roma-Forum, in Niedersachsen an die deutschen Behörden, im Umgang mit den Roma-Flüchtlingen in Deutschland zuallererst humanitäre Prinzipien gelten zu lassen.

Wir plädieren angesichts der menschenrechtlichen, sozialen und wirt-

Zuwanderungsgesetz

der Fisch stinkt vom Kopf

der neue  **infodienst**

mit aktuellen Texten zum Zuwanderungsgesetz, geplanten Ausreisезentren, Deutschland als Lagergesellschaft und Asylinitiativen aus ganz Bayern...



**Bestellung unter:
089-76-22-34**

schaftlichen Notsituation der Roma in der Bundesrepublik Jugoslawien dafür, eine Ausreise von Roma -und anderen Minderheitenangehörigen – nach Serbien, Montenegro und Kosovo nicht zu erzwingen. Die dringlichste Aufgabe ist es jetzt, Bedingungen für „eine Rückkehr in Sicherheit und Würde zu schaffen“. Wir unterstützen die Forderung des Forum der Roma Askall aus dem Kosovo bei der GfbV, Roma in Deutschland als Gesprächspartner zu akzeptieren, wenn über das Schicksal der Roma entschieden werden soll. Auf diese Weise können sie die spezifischen Probleme vorstellen und gemeinsam nach Lösung suchen. Wir unterstützen die Erklärung des Roma-Forums in Niedersachsen. Dieses Forum fordert in Erinnerung an Roma, Sinti und andere Opfer des Holocaust, daß alle nicht-albanischen Flüchtlinge aus dem Kosovo und alle Angehörigen der Roma-Minderheit in Deutschland wenigstens einen vorläufigen, aber sicheren Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis bekommen können, daß für Roma-Kinder der Zugang zu Schulbildung und für Jugendliche zur Berufsausbildung erleichtert wird, bis für sie ein Leben in „Sicherheit und Würde“ in ihren Herkunftsregionen wieder möglich ist (Erklärung vom Januar 2002).

Rassismus kann, wird und muss besiegt werden!

(Kofi Anan, Generalsekretär der Vereinten Nationen)

Kontakt: Romane Aglonipe e.V., c/o Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, Q – 30181 Hannover

Tel 0171-181 50 26, Fax 0511-318 06 15, romane.aglonipe@pavillon-hannover.de

Privatisierung der Arbeitsvermittlung und die Folgen

Von der Bundesanstalt zur Bundesagentur

Die Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit ist ein Stück Aufkündigung des Sozialstaats – betrieben von der SPD und gestützt von einer ganz großen Koalition, die von der CDU/CSU über die FDP bis zu den Grünen reicht. Die Gewerkschaften sind die einzigen, die für die Verteidigung dieses Stück Sozialstaats eintreten, und deren Position ist stark angeschlagen: durch die Liberalen und Modernisierer in den eigenen Reihen – sie reichen von Schmoldt IG BCE) über Esser (IGM NRW) bis Schartau (IGM NRW, heute dort Arbeitsminister) – aber auch durch die Krise der Arbeitsvermittlung selbst, die stets die Ideologie geschluckt hat, für die Massenarbeitslosigkeit seien nicht fehlende Arbeitsplätze, sondern mangelnde Vermittelbarkeit verantwortlich. Vor einem Jahr noch bürdete Kanzler Schröder diese Verantwortung den Erwerbslosen auf; daß es jetzt den Arbeitsamtsbeschäftigten an den Kragen geht, ist nur eine Verlängerung derselben Logik.

Aufgekündigt wird durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Drittelparität in der Verwaltung der Erwerbslosigkeit. Walter Riester maß sich an, den Verwaltungsrat zu einem Aufsichtsrat zu degradieren, der nur noch kontrollieren darf, bei der Besetzung des künftigen dreiköpfigen Vorstands, der an die Stelle des Präsidenten getreten ist, aber nichts mitzureden hat (ihn nicht zu bestätigen hat). Die Besetzung des Vorstands soll allein Sache des Bundesarbeitsminister sein. Dagegen laufen neben den Gewerkschaften auch die Unternehmer Sturm. „Damit bleibt die BA am Gängelband der Politik. Und wohin das führt, sieht man ja heute“, erklärt Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Aufgekündigt wird auch der Charakter der BA als eine öffentliche Behörde, die für die umfassende Betreuung der Erwerbslosen zuständig ist: Auszahlung von Leistungen, Qualifizierung und Vermittlung. Die angekündigten Erleichterungen für private Vermittler – bis hin zum Zugang zu den Datenbanken der BA – haben ja nicht nur zur Folge, daß die BA als nach wie vor öffentlich geführtes Unternehmen private Konkurrenz bekommt und die Erwerbslosen nun schon nach drei, statt wie im JobAktiv-Gesetz noch vorgesehen, nach sechs Monaten, wenn gewünscht, an private Vermittler überweisen muß. Es ändert sich der Charakter der BA selbst.

Das wird zunächst an der Wortwahl deutlich: Der neue Vorsitzende, Florian Gerster, will sie umbenennen in „Bundesagentur für Arbeit“ und will aus ihr ein „Dienstleistungsunternehmen“ machen, dem er selbst als oberster Manager vor-

steht. Das Unternehmen hat, wie jedes Privatunternehmen auch, „betriebswirtschaftlich effizient“ zu arbeiten: die Vermittler werden mittels Prämien in Konkurrenz zueinander gebracht, wer die meisten Vermittlungen zustande gebracht hat. Vielleicht, warum nicht, soll es sogar Gewinn abwerfen? Jedenfalls kursiert schon die Idee, Erwerbslose müßten – gestaffelt – für eine erfolgreiche Vermittlung zur Kasse gebeten werden. „Betriebswirtschaftlich effizient“ heißt auch, daß die BA ihre Mittel selbst erwirtschaften muß: Riester hat angekündigt, den staatlichen Zuschuß zur BA von derzeit 3 Milliarden Euro im nächsten Jahr auf Null zu fahren. Spätestens dann wird sich die BA die derzeit 90.000 MitarbeiterInnen nicht mehr leisten können. Gerster will „nach der Ausgliederung aller Aufgaben, auf die verzichtet werden kann, das Kerngeschäft der Bundesanstalt mit der Hälfte des Personals erfüllen“. Das trifft vor allem die Beschäftigten in den Landesarbeitsämtern; diesen droht die Auflösung.

Die Erwerbslosen heißen jetzt Kunden und all ihre persönlichen Probleme und Belastungen, die mit der Erwerbslosigkeit zusammenhängen, haben im Vermittlungsgespräch mit der „Agentur“ nichts mehr zu suchen, denn jetzt sind sie nur noch Marktteilnehmer in einem Geschäft: Ich handele mit meinem Vermittler den für mich richtigen Arbeitsplatz aus. Dabei ist der Kunde aber nicht König, denn die Perspektive, aus der die BA künftig handeln soll, ist die der Wirtschaft. Die privaten Vermittler aber, mit denen die BA künftig konkurrieren soll, sehen nicht die Arbeitsuchenden, sondern in erster Linie die potenziellen Arbeitgeber als ihre Kunden an. Die Unternehmen zahlen ihnen für jeden vermittelten Mitarbeiter eine Provision in Höhe von ein bis drei Monatsgehältern.

Auf der Strecke bleiben dabei die Erwerbslosen; ihnen wird jedes Recht abgesprochen, Ansprüche an die Arbeit zu haben, die sie verrichten sollen. Und die Arbeitsamtsbeschäftigten; sie stehen vor der Perspektive, daß ihr Arbeitsplatz entweder zur Gänze gefährdet ist, oder daß sie von Betreuern zu Maklern werden.

Es gibt aus der Sicht der Erwerbslosen keinen Grund, die derzeitige Praxis der Arbeitsämter zu verteidigen. Noch weniger Grund gibt es, die Richtung der geplanten Umgestaltung zu begrüßen. Im Gegenteil. Wenn nicht der letzte Rest an Solidarprinzip in der Arbeitsverwaltung flöten gehen soll, muß es zu einer gemeinsamen Aktion von Erwerbslosen, Beschäftigten und Gewerkschaften kommen, die die Arbeitsverwaltung als eine öffentliche Aufgabe verteidigt, die öffentlich zu finanzieren ist.

Angela Klein – Runder Tisch der Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen
www.tacheles.wtal.de

(Aus Platzgründen leicht gekürzt)

Reisen gegen Rechts MAHLOW. Am 4. April brachen zwölf Jugendliche aus Mahlow und Umgebung – Vororte im Süden von Berlin – in die englische Millionenstadt Birmingham auf, um den schwarzen Briten Noel Martin zu besuchen. Der heute 42-jährige gebürtige Jamaikaner war 1996 in Mahlow nach dem Angriff zweier Neonazis schwer verletzt worden. Sie hatten ihm bei voller Fahrt einen Stein ins Auto geworfen, das daraufhin gegen einen Baum raste. Noel Martin, der seitdem vom Hals abwärts gelähmt ist, regte bei einem viel beachteten Besuch in Mahlow im vorigen Jahr einen regelmäßigen Jugendaustausch mit Birmingham an – der jetzt begonnen hat. Die zwölf Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren sollen allerdings künftige Fahrten erst einmal vorbereiten. Sie werden auf ihrer einwöchigen Tour unter anderen von der Sozialarbeiterin Dörthe Shead vom Mahlower Jugendklub „Oase“ begleitet. Zweck der Reise, finanziert mit knapp 8.000 Euro aus Lottomitteln, ist es zunächst, die vielfältige Zuwandererkultur Birminghams kennen zu lernen: In der Industriemetropole in den Midlands leben seit Jahrzehnten Zigttausende vor allem karibischer und indischer Immigranten. Über diese multikulturelle Normalität will Noel Martin den Jugendlichen erzählen, um Vorurteile und Missverständnisse gegenüber Ausländern auch in Deutschland abbauen zu helfen. Der vom Land mit gut 25.000 Euro ausgestattete „Noel-and-Jacqueline-Martin-Fonds“ soll noch in diesem Jahr eine zweite Jugendfahrt nach Birmingham ermöglichen. www.inforiot.de

„Wir sind das Volk“ als Marke LEIPZIG. Leipzigs Oberbürgermeister Tiefensee (SPD) und zwei andere prominente Bürger der Stadt wollen das Wendezeit-Motto „Wir sind das Volk“ als Marke gegen Missbrauch schützen lassen. Beim Deutschen Patent- und Markenamt in München sei ein entsprechender Antrag eingereicht worden, sagte die Leiterin des städtischen Rechtsamtes. Hintergrund ist der von Neonazis angemeldete Marsch am 6. April durch Leipzig unter dem Motto „Gegen Repression und für Demonstrationsfreiheit, wir sind das Volk!“ *dpa, 26. März 2002*

Bürgerinitiative gegen Moschee WERTINGEN. Das Verwaltungsgericht Augsburg entschied am 21. März 2002 in einem Streit der Stadt Wertingen (Kreis Dillingen) mit der „Bürgerinitiative gegen die Moschee“ so: „Ein Bürgerbegehren kann nicht Einfluss auf den Inhalt eines Bebauungsplans nehmen.“ Die Baugesetze schreiben ausdrücklich eine Abwägung verschiedener Interessen vor. Dieser komplexe Vorgang sei nicht mit einem Bürgerbegehren zu bewerkstelligen, da dies ja nur mit Ja oder

Nein beantwortet werden könne. Die Initiative kann zwar ein Bürgerbegehren anstrengen, jedoch nicht konkret gegen den geplanten Bau der Moschee. Zulässig ist nur das Vorgehen gegen einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2000. „Wir vertreten die anständigen Bürger Wertingens. Wir wollen diese fremden fundamentalistischen Leute nicht“, sagte Peter Seefried. Der frühere NPD-Mann ist einer der Wortführer der Bürgerinitiative und wurde bei den Kommunalwahlen 2002 über eine neu gegründete Liste in den Rat der rund 9000 Einwohner zählenden Stadt gewählt. Die Stadt will weiter die Religionsfreiheit gewahrt sehen. „Die Muslime brauchen einen Betraum, wo sie sich treffen können“, sagte der jüngst abgewählte Wertinger Bürgermeister Dietrich Riesebeck (SPD).

Augsburger Allgemeine Ztg., 22.3.2002

Unterstützung für Pancevo KONSTANZ. Konstanz will auch weiterhin im Rahmen der Städteprojektpartnerschaft mit dem serbischen Pancevo den Wiederaufbau in der von Nato-Bomben zerstörten Stadt unterstützen. Gedacht ist dabei in diesem Jahr an die Möglichkeit einer Kooperation im Energiesektor seitens der Stadtwerke, an eine Informationsveranstaltung mit serbischen Verwaltungsfachleuten und Politikern sowie die Einladung serbischer Künstler nach Konstanz. In Zusammenarbeit mit dem Verein „Hand in Hand“ soll es auch ein spezielles Projekt für die Roma im Kosovo geben, bei dem unter anderem Sprachkurse angeboten werden. Konstanz wird dabei vorrangig die Infrastruktur bereitstellen. Das Auswärtige Amt habe finanzielle Hilfe signalisiert.

Seebötle, PDS Linke Liste 1/2002

Gegen ausbeuterische Kinderarbeit MÜNCHEN. Giovane Elber (FC Bayern) startete mit Bürgermeister Hep Monatzeder (Bündnis 90/Die Grünen) am 28. Februar die Kampagne „made by kinderhand – München gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Ziel der Kampagne ist es u.a.: • Auf die schlimme Situation hinzuweisen, in der über 40 Millionen Kinder weltweit schuften müssen. • Im Zeichen der Rio+10 Konferenz in Johannesburg bis September 10x10 Kinder- gärten, Schulen, Vereine, Jugendclubs, Unternehmen etc. zu motivieren, Produkte zu kaufen, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Im Rahmen eines „Runden Tisches“ soll nach Aktions-Möglichkeiten gesucht werden. Durch einen Beschluss, der im April dem Stadtrat vorgelegt wird, verpflichtet sich die Stadt München, keine Produkte zu kaufen, die unter ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden. www.made-by-kinderhand.de *Zusammenstellung: baf*

IG BAU kampfbereit – Arbeitgeber wollen die 60-Stunden-Woche

Schon oftmals herrschte im Vorfeld der Tarifverhandlungen des Bauhauptgewerbes kräftiges Säbelrasseln. Doch was die Arbeitgeberverbände der Bauindustrie und des Baugewerbes am 26. Februar auf den Tisch legten, sprengte jedes Maß. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt bereitet sich auf einen massiven Arbeits- und Existenzkampf vor. Nicht dass es der IG BAU leicht fallen würde, Ihre Mitglieder zu Streikmaßnahmen aufzurufen: Man hat das Kämpfen schon beinahe verlernt. In dieser Tarifrunde aber wird ihr kaum etwas anderes übrig bleiben, denn die zwei schwächelnden Arbeitgeberverbände der Zimmerer, Stahlbetonbauer, Maurer und Arbeitsleute haben es sich anscheinend zum Ziel gesetzt, der ebenfalls bedrängten Baugewerkschaft einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Nach den Vorstellungen der entsprechenden Verbände sollen gewerbliche wie angestellte Arbeitskräfte im Baugewerbe künftig weitestgehend auf ihr Fahrgeld, auf bezahlte Freistellungen, Teile ihrer Überstundenzuschläge, Auslösungen bei vom Wohnort weit entfernten Baustellen und weite Tei-

le ihres Kündigungsschutzes verzichten. Vor allem aber schwebt den Firmenbossen vor, dass die Arbeitszeiten im Bauhauptgewerbe grundlegend flexibilisiert werden: Bis zu 200 Stunden sollen künftig „flexibel“ vor- oder nachgearbeitet werden – ohne jeden Überstundenzuschlag, versteht sich. Zudem ist in Planung, die bisherigen Regelungen der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten auf den Gesetzestext zurückzuschrauben, und der macht bekanntlich 60 Stunden pro Woche inklusive regelmäßiger Samstagsarbeit möglich.

Das – und das Angebot einer Nullrunde bei Löhnen und Gehältern – sind die Forderungen, mit denen Bauindustrie- und Baugewerbeverband in die diesjährigen Tarifverhandlungen gehen. Mittlerweile haben die Arbeitgeber folgerichtig die Bundesrahmentarife für Angestellte und gewerbliche ArbeitnehmerInnen gekündigt und gedroht, man könne ja notfalls auch mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund verhandeln – eine bisher am Bau unbekannte Dimension der Provokation. Nach den ersten Verhandlungsrunden vom 26. Februar und 25. März

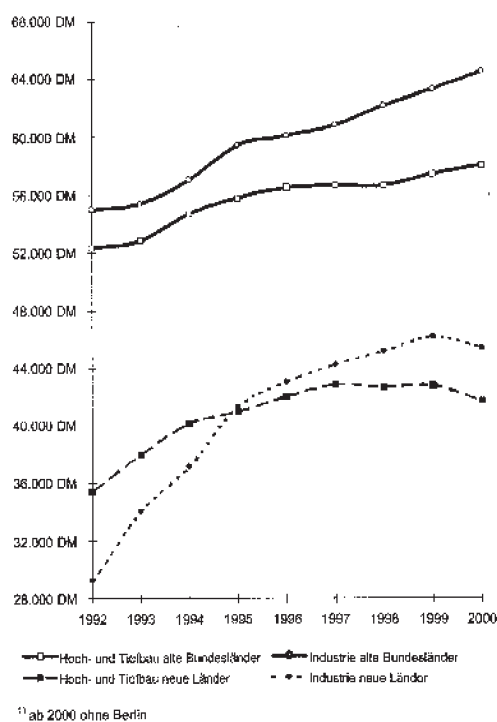
steht das Bauhauptgewerbe jetzt – erstmals seit Jahrzehnten – vor einem überregionalen Arbeitskampf, dessen Ausmaße sich nur schwer absehen lassen. Im gesamten Bundesgebiet bereiten sich die rund 60 Bezirksverbände der IG BAU auf Kampfmaßnahmen vor, bildeten bereits entsprechende Strukturen aus und mobilisieren ihre Mitglieder. Offensichtlich mit Erfolg: Schon jetzt haben sich Belegschaften zahlreicher Betriebe auch in der Region kampfbereit gemeldet, bundesweit verließen beispielsweise am 12. März rund 3.000 Bauleute ihre Arbeitsplätze auf insgesamt 120 Baustellen, um spontan gegen die Arbeitgeberforderungen zu protestieren. In zahlreichen Unternehmen wurden zudem Betriebsversammlungen anberaumt, um die Beschäftigten auf die drohende Eskalation vorzubereiten. Auch der für die Stadt Norderstedt zuständige Ortsverband Hamburg-Nord hat jetzt in einer Presseerklärung verlautbart: „Wir sind bereit, uns dem Angriff der Arbeitgeber entgegenzustellen. Die KollegInnen sind von den Forderungen der Arbeitgeber empört, es scheint Zeit zu sein, ihre Verbände in die Schran-

Aktuelle Kurzinformation Nr. 19/2001 des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Einkommen Bruttojahresverdienste im Hoch- und Tiefbau 2000.

1. Alte Bundesländer: Für Bauarbeiter in den alten Bundesländern erhöhte sich im Jahre 2000 der durchschnittliche Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen, wie z.B. 13. Monatseinkommen oder zusätzliches Urlaubsgeld) laut Statistisches Bundesamt auf 58.098 DM. Dabei bedarf es des Hinweises, dass sämtliche arbeitslos gewordenen Bauarbeiter nicht für die Einkommensberechnung herangezogen wurden, weil sie nicht durchgängig beschäftigt waren. Im Durchschnitt aller Industriezweige (Produzierendes Gewerbe) betrug das Jahreseinkommen der männlichen Arbeiter 64.530 DM. Damit stiegen die Jahresverdienste im Hoch- und Tiefbau 2000 um durchschnittlich 550 DM. Der Einkommenszuwachs für die männlichen Arbeiter in der Industrie fiel mit 1.230 DM erneut erheblich höher aus. Dadurch hat sich der Abstand des durchschnittlichen Bruttojahresverdienstes der Bauarbeiter zum Industriedurchschnitt erneut spürbar vergrößert. Er betrug 2000 rund 6.400 DM. Der Durchschnittsverdienst der Angestellten im Hoch- und Tiefbau lag bei 82.938 DM. Im Industriedurchschnitt stiegen die Einkommen auf 92.543 DM.

2. Neue Bundesländer Für einen durchgängig beschäftigten (männlichen) Bauarbeiter in den neuen Bundesländern sank der durchschnittliche Bruttojahresverdienst im Jahr 2000 um mehr als 800 auf 41.722 DM. Er lag damit bei knapp 72% des Westniveaus. Im Durchschnitt aller Industriezweige betrug das Jahreseinkommen der männlichen Arbeiter 45.410 DM. Die durchschnittlichen Angestelltenverdienste im Hoch- und Tiefbau lagen bei 57.758. Im Industriedurchschnitt lagen die Bruttojahresverdienste 64.695 DM. Hinweis: Aus erfassungstechnischen Gründen sind die Daten des statistischen Bundesamtes ab dem Jahr 2000 für Ost- und Westdeutschland jeweils ohne Berlin.

Bruttojahresverdienste Bauarbeiter
1992 bis 2000 ¹⁾



Vorstandsbereich | Bundesvorsitzender
Wie-EW-9

ken zu verweisen. „Dabei hatte alles gewohnt harmlos angefangen. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt stellte Ende Februar eine – etwa im Vergleich mit der IG Metall – „moderate“ Forderung von 4,5 % mehr Lohn und Gehalt auf und machte deutlich, dass es ihr eigentliches Hauptziel sei, Ost- und West-Löhne gemeinsam zu verhandeln, um gegen das verbreitete, innerdeutsche Lohn-dumping vorzugehen. Mit Rücksicht auf die teils desaströse Lage am Bau und die durch Dumpingunternehmen wankenden Flächentarife hatte man sehr bewußt keine höheren Forderungen gestellt, während Vorschläge zur gemeinsamen Bekämpfung von Billiglohn am Bau gemacht wurden. Dazu der Hamburger Bezirksgeschäftsführer Andreas Suß: „Wir haben die Arbeitgeber gewarnt, das Faß der Rahmentarifverträge nicht aufzumachen. Sie haben sich anders entschieden. Wenn die unverschämten Forderungen nicht zurückgenommen werden, können die Verbände in den kommenden Wochen erleben, zu was Bau-Gewerkschafter in der Lage sind. Die Baubetriebe müssen sich jetzt sehr warm anziehen.“ Die GewerkschafterInnen sind sich dabei vollkommen darüber im Klaren, wie prekär die Lage im Bauhauptgewerbe derzeit ist. Mehr als ein Drittel aller tarifgebundenen Arbeitsplätze ist in den vergangenen Jahren durch sinkende Auftragslage und vor allem durch Billiglohnkonkurrenz verloren gegangen. Alleine in Hamburg verloren seit 1997 etwa 5.000 Bauarbeiter ihren Job. Betrachtet man den Zeitraum seit 1991 sind es sogar 10.000 Arbeitsplätze, die wegfielen. Auch in der Region Hamburg werden mehr und mehr Bauleistungen an untertariflich und nicht selten auch unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns beschaffende Unternehmen vergeben. Unter anderem im Rahmen des Arbeitnehmerentsendegesetzes und seiner Kontingentverträge arbeiten Bauleute aus der gesamten Europäischen Union und vor allem Osteuropa auf Hamburger Baustellen und werden – oft unter unsäglichen Bedingungen – gegen ortsansässige Bauarbeiter ausgespielt. Und nicht selten verdrängen auch Mindestlohnfirmen aus den neuen Bundesländern die mehrheitlich noch tariftreuen Betriebe des Hamburger Baugewerbes. Die Entwicklung, über die Vergabe von Aufträgen an Dumpingunternehmen die Löhne zu drücken, wird seit Jahren vor allem von der Bauindustrie vorangetrieben. Gerade auch Konzerne, wie die jüngst zugrunde gegangene Holzmann-Gruppe zerschlugen auf diese Weise in den 90er Jahren die Flächentarife am Bau. Heute verfügen die größten Baukonzerne bundesweit nur noch über einige hundert gewerbliche Beschäftigte und haben die Berufsausbildung völlig eingestellt. Ein Konzern wie Hochtief et-

wa beschäftigt in Norddeutschland gerade noch 50 Bauarbeiter im Hochbau. Der Rest der millionenschweren Aufträge wird von Consulting- und Planungsbüros mit Subunternehmen abgewickelt, die in den wenigsten Fällen tariffrei arbeiten. Entsprechend durch sinkende Preise bedrängt, steht das überwiegend mittelständische Baugewerbe mit dem Rücken zur Wand, Insolvenzen und Konkurse häufen sich. Dabei genügt schon der Abstand zwischen dem tariflichen Ecklohn von zur Zeit 14,03 Euro pro



Stunde und dem West-Mindestlohn in Höhe von knapp 10 Euro, um sich mit Tarifbruch einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Nicht selten zahlen die teils „mafios“ strukturierten Billiglohnunternehmen aber auch weit weniger. Als sich Ende letzten Jahres sechs bulgarische Trockenbauer bei der Polizei meldeten, gaben sie an, trotz korrekter Verträge nur zwischen rund einem und zwei Euro pro Stunde bekommen zu haben. Obwohl staatliche Behörden und auch die IG BAU solche Praktiken inzwischen häufig aufdecken, scheint genau diese Situation durchaus politisch gewollt zu sein. Selbst die Arbeitsämter vermitteln regelmäßig Jobs unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns, die Schließung von durch illegales Lohndumping aufgefallenen Betrieben wird in der Regel von den entsprechenden Behörden abgelehnt. Und auch verhängte Geldbußen müssen nur selten gezahlt werden: So wandert im konkreten Fall eines aufgedeckten Verstoßes durch den Generalunternehmer Hochtief ein entsprechender Strafbefehl über 250.000 DM seit mehreren Monaten zwischen verschiedenen Behörden hin- und her und wird schlicht nicht zugestellt. Aber auch die IG BAU tut sich schwer, der Ausbeutung ausländischer wie deutscher Bauleute wirksam entgegenzutreten. So verläßt man sich nicht nur in Hamburg bislang auf staatliche Verfolgungsbehörden. In der Hansestadt wurde vor Jahren eine „Koordinierungsstelle“ aus Gewerkschaft, Arbeitsamt und Hauptzollamt ins Leben gerufen, um „Jagd auf Illegale“ zu machen. An diese Koordinierungsstelle sollen sich organisierte Bauarbeiter wen-

den, wenn sie den Verdacht auf „Illegale auf unseren Baustellen“ haben. Kein Wunder also, dass trotz zahlreicher auch positiver Ansätze innerhalb der Gewerkschaft der Rassismus am Bau ein Zuhause findet. Effektiv ist diese Politik zudem nicht: Wie auch das Hauptzollamt zugeben muß, werden bei den folgenden Baustellenrazzien zwar regelmäßig solche „Illegale“ aufgegriffen und binnen 14-15 Stunden „abgearbeitet“ (abgeschoben), an die Arbeitgeber kommt man indes „leider nicht heran“. Nicht wenige IG BAU – Funktionäre kritisieren deshalb diese offensichtlich verfehlte Politik immer lauter. So rief ein Betriebsrat den Delegierten des Hamburger Bezirksverbandstages jüngst entgegen: „Legal, illegal, scheißegal! Uns als Gewerkschafter interessiert doch nicht der Aufenthaltsstatus der ausländischen Kollegen, uns interessiert, was sie verdienen!“ Und Rita Häckel, Ortsvorstandsmitglied in Hamburg-Nord setzte nach: „Auf dem Bau muß wieder die Solidarität einkehren. Unser Motto muß lauten: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!“ Auch vor diesem Hintergrund wird es für die Baugewerkschaft keine einfache Aufgabe, in einen Arbeitskampf zu treten. Dass auch die Arbeitgeberverbände von Verbandsflucht betroffen sind und daher schwer angeschlagen in die Auseinandersetzung gehen, macht die Sache dabei nicht unbedingt einfacher: In Mecklenburg-Vorpommern etwa ist im letzten Jahr gleich der gesamte Baugewerbeverband aus dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes ausgetreten. Nichtsdestotrotz ist man nicht nur im Ortsverband Hamburg-Nord optimistisch: „Die Arbeitgeber täten gut daran, wieder zur Rechenschaft zurückzukehren. Tun sie es nicht, werden wir sie dahin geleiten – und das kann schmerzhaft werden“, ließen die örtlichen BaugewerkschafterInnen wissen. Und der Hamburger Geschäftsführer Andreas Suß ergänzt: „Wir gehen am Bau in die härteste Tarifrunde der Nachkriegsgeschichte. Ich kann gerade den tariftreuen Betrieben nur raten, ihre Verbände zurückzupfeifen – noch ist es dafür nicht zu spät.“ Erste Kampfmaßnahmen wurden derweil schon weit vor Ende der Friedenspflicht losgetreten – auch in der Region: Am 26. März fuhr die IG BAU vor dem Henstedt-Ulzheimer Unternehmen MANU-Bau vor und informierte die Angestellten des Bauge-schäftes zeitintensiv über die drohende Eskalation. Schon einen Tag zuvor hatten Bauarbeiter auf sieben Hamburger Baustellen vorübergehend die Arbeit niedergelegt, um gegen die Forderungen der Arbeitgeberverbände zu protestieren. Der Bau brodelte. Es ist nur noch die Frage, wann er explodiert
Olaf Harning (aus: Nadelstiche, Sozialistische Zeitung für Norderstedt)

„Die Cebit-Nachlese für die Beschäftigten im IT-Sektor fällt negativ aus und hat ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht.“

Mit diesen Worten kommentierte Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB in Bayern, den derzeitigen Stellenabbau der unter Druck gekommenen Boombranche. „Allein in München muß mit bis zu 15.000 weiteren Stellenstreichungen gerechnet werden“, so Schösser auf einer in München stattgefundenen gemeinsamen Pressekonferenz des DGB, der IG Metall und ver.di-Bayern.

Für die Gewerkschaften bedeutet dies einen enormen Beratungsbedarf bei der Gründung von Betriebsräten in Unternehmen. „Auch die konkrete Hilfestellung für die betroffenen MitarbeiterInnen verursacht enormen Arbeitsaufwand“, so Günter Ott, zuständig für die Beschäftigten in der IT-Branche bei ver.di-Bayern. Der Fachbereich Informationstechnologie sieht sich allein aus dem Raum München wöchentlich mit mehreren Anfragen zu Betriebsratsgründungen konfrontiert. Um dem wachsenden Informationsbedarf bei Installation einer MitarbeiterInnenvertretung gerecht zu werden hat der DGB seit gestern eine kostenlose Hotline unter der Rufnummer 0800/ 342 92 45 eingerichtet. Diese Aktion soll den Betroffenen helfen, den immer rauer werdenden „Wild-West-Methoden“ auch in der einstigen Vorzeigebbranche entgegenzutreten. Gefordert werden von den Gewerkschaften „vernünftige“ Arbeitsverhältnisse mit Arbeitsvertrag und geregelten Arbeitsbedingungen, statt einer immer stärkeren „Amerikanisierung“ des Arbeitsmarktes.

Gerade durch die überlangen und familienfeindlichen Arbeitszeiten der Beschäftigten im IT-Sektor sieht Wolfgang Müller von der IG Metall Bayern und Autor des Buches „HighTech Report – Zur Situation und Zukunft der HighTech-Industrie“ eine enorme körperliche und geistige Belastung. Vielfach zählt die Zeit von und zu Terminen nicht zur Arbeitszeit, was die ohnehin starke Belastung der Beschäftigten zusätzlich erhöht. Kommt es bei einem Mitarbeiter zu einer Kündigung, so fällt diese auch nicht selten nach amerikanischen Vorbild („Hire and Fire“) aus.

Dies bestätigte auch der Gesamtbetriebsratsvorsitzende des Computerunternehmens Compaq Christian Brunkhorst. Kündigungen erhalten MitarbeiterInnen am Arbeitsplatz und müssen diesen direkt verlassen. Handy-Nummern und E-Mail-Adressen sind dann meist schon gelöscht.

„Auch wenn durch die Gründung von

Fachkräftemangel oder Wildwest am IT-Arbeitsmarkt? Wie die Branche mit ihren Mitarbeitern umgeht

1. These: Der behauptete Fachkräftemangel ist vor allem eine PR-Aktion der Branche, die damit erfolgreich Politik macht. In den Firmen hilft der Nachschub an (Greencard-) Spezialisten bei der Erpressung und beim Austausch der Belegschaften.

2. Die Branche lamentiert über den Fachkräftemangel, laut Branchenverband Bitkom sollen immer noch 70.000 Fachkräfte fehlen. Gesucht wird (in Anzeigen) aber nur der HS-Absolvent, der „High Potential“ mit maximal drei Jahren Berufserfahrung. Oder aber der passende „Plug-and-Play“-Spezialist, der sofort produktiv eingesetzt werden kann. In den Firmen unterbleibt oft die Fortbildung, weil Projekt- und Kundentermine Vorrang haben.

3. Die Abbauwellen der letzten 12 Monate in großen wie kleinen HighTech-Firmen widerlegen die Mär vom Fachkräftemangel und gefährden die Zukunftsbranche. Eine Branche, deren Entwicklung von qualifizierten Fachkräften abhängt, kann so nicht mit ihren Spezialisten und auch nicht mit den gerade angeworbenen Greencard-Mitarbeitern umgehen.

4. Trotz vorgeblichen Fachkräftemangels betreibt die Branche Altersdiskriminierung. Große Firmen haben gezielte Abbauprogramme für MitarbeiterInnen jenseits von 40. Stellenanzeigen signalisieren: Wir wollen keine/n über 35.

5. Die Arbeitszeiten werden länger – bei gleichem Gehalt, also sinkendem Stundenlohn. Es gilt gerade in der IT-Branche als besonders cool und trendy, 60 Stunden und mehr zu arbeiten. Vie-

le Reisen mit langen Reisezeiten verstärken den Stress. Ist die 35- oder 40-Stunden-Woche künftig nur noch Teilzeitarbeit?

6. Solche Arbeitsbedingungen verschärfen den Fachkräftemangel. Wie Untersuchungen aus den USA beweisen, schrecken Mega-Arbeitszeiten und die „Einweg-Personalpolitik“ der Branche potentielle Interessenten ab. Viele Fachkräfte, gerade Frauen können so nicht arbeiten. Auch deswegen finden sich kaum noch ältere Fachkräfte in der Branche.

7. Die von den Arbeitgebern gemeinsam mit der IG Metall entwickelten neuen IT-Berufe und die geplanten Zertifizierungen für Umschulungen etc. sorgen für klare Berufsbilder, für mehr Transparenz. Unsere Erwartung als Gewerkschaft ist, daß damit der Wildwuchs in der Branche gerade auch beim Geld und bei den Arbeitszeiten verschwindet. Denn die IT-Spezialisten von heute sind die Facharbeiter von morgen.

8. Arbeitsbeziehungen: Viele, insbesondere kleinere IT-Firmen haben noch keinen Betriebsrat. In der jetzigen Branchenkrise haben die betroffenen Mitarbeiter damit keinen Schutz gegen die Ex-und-Hopp-Personalpolitik. Und jeder Investor sollte sich dreimal überlegen, ob ein Management, das Angst vor einem Betriebsrat hat, eine Firma erfolgreich führen kann.

9. Fazit: Die Zukunft des IT-Standortes Deutschland hängt auch davon ab, dass die Branche umdenkt, dass die genannten „weichen Faktoren“ endlich mehr berücksichtigt werden.

Betriebsräten Stellenstreichungen nicht aufzuhalten sind, so bedeuten sie meist einen ‚geldwerten Vorteil‘ für die Beschäftigten“, so Christian Brunkhorst. Mitarbeiter aus Unternehmen mit Betriebsräten können gegenüber ihren nicht organisierten Kollegen in der Regel mit einer doppelt so hohen Abfindung rechnen.

Der DGB hofft durch Betriebsratsgründungen die angespannte Situation der Branche sozial verträglich zu gestalten und den weiteren Stellenabbau zu reduzieren.

Nachfragen:

Wolfgang Müller,

Handy 0171-6524430 oder

Günter Ott 0171-2252765

Zwölf, die wählbar sind – PDS-Landesliste zur Bundestagswahl in Schles- wig-Holstein.

Es war eine sehr solidarische, einverständliche Wahl mit wenig Kampfabstimmungen, die die PDS Schleswig-Holstein am Sonntag, 24. März 2002, im Legien-Hof in Kiel absolvierte, um ihre KandidatInnen aufzustellen. Der Landesvorstand hatte für die ersten fünf Plätze eine Wahlempfehlung erteilt, die insgesamt akzeptiert wurde. Der zweite Bewerber für den Spitzenplatz, der Gesamtschuldirektor Rainer Konrad Bachmann aus Quern/ Angeln, Vertreter für Schleswig-Holstein im Parteirat auf Bundesebene, zog daraufhin seine Bewerbung zurück.

In der Wahlstrategie, die eine Mitgliederversammlung bereits am 27. Januar in Neumünster verabschiedet hatte, heißt es: „Unser wichtigstes parteipolitisch Ziel ist es, einen wirksamen Beitrag für den Wiedereinzug der PDS in den Deutschen Bundestag mit einer gestärkten Fraktion zu leisten. Zur Unterstützung des bundesweiten Wahlzieles von mindestens 6 Prozent wollen wir in Schleswig-Holstein über 35000 Zweitstimmen (bisherige Höchstzahl 25000) gewinnen, das entspricht einem Wahlergebnis von 2% + X. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in allen Wahlkreisen zulegen. In unseren schleswig-holsteinischen Hochburgen wollen wir über 5% der Wählerinnen und Wähler für unser alternatives Politikangebot gewinnen.“

Während solch ein bei der letzten Landtagswahl 2000 gestecktes Ziel noch recht illusorisch gewesen ist und auch nicht erreicht wurde (ein Großteil der zu erwartenden Linksstimmen konnte die landesweit kandidierende Süd-Schleswigsche Wählergemeinschaft (SSW) mit Minderheitenstatus für sich verbuchen), rechnen sich die über 200 PDS-Genossen diesmal eine reelle Chance aus. Ihre Akzeptanz im Lande ist gestiegen. Sie hat sich – was bei der PDS im Westen und auch in Schleswig-Holstein selten ist – auch in ländlichen Gebieten wie etwa in Dithmarschen verankern können. Relativ viele jüngere Genossen arbeiten im Landesverband mit und keine Mitgliederversammlung vergeht, ohne dass interessierte „Neue“ auftauchen.

Aber auch ideologisch haben die Genossen zugelegt. Das wurde bei allen KandidatInnenvorstellungen deutlich. Jede/r begründete sein Interesse an einer Wahl mit qualifizierten und vielfältigen Vorstellungen von dem, was politisch getan werden müsse und wofür sich die einzelnen speziell engagieren wollten.

Arne Seliger, bisheriger Elektromechaniker und jetziger Student der Sozialpädagogik, der seit 1998 die Europa-, Bundestags- und Landtagswahlkämpfe

PDS und Wählen macht wieder Spaß.

geleitet hat und Mitglied im Landesvorstand ist, will sich als Spitzenkandidat vor allem für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten einsetzen. Die Diplompädagogin Gönül Dogan auf Platz 2 ist 1974 mit ihren Eltern aus Kurdistan emigriert und arbeitete beruflich bisher – und will es auch weiterhin tun – besonders für AsylbewerberInnen und Frauen, wie z.B. in dem Autonomen Mädchenhaus „Lotte e.V.“ in Kiel.

Auf Platz 3 steht Cordula Wulfert, mit ihren 21 Jahren vielleicht die jüngste Bewerberin für den Bundestag, zumindest für das nördlichste Bundesland. Selbst noch Schülerin am Gymnasium in Meldorf/Dithmarschen plädierte sie für wichtige soziale und pädagogische Veränderungen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Ihr steht in dieser Sache auf Platz 6 der ebenfalls aus dieser Region stammende Lehrer an der Grundschule in Marne/Dithmarschen und ehemaliger Schuldirektor Klaus Rosen zur Seite.

Platz 4 nimmt der Landesvorsitzende Schleswig-Holsteins, Ragnar Lüttke, gelernter Steinmetz und heute Student, ein. Seinem Engagement beim Aufbau der kleinen nördlichen Landespartei ist viel zu verdanken. Auf Platz 5 kam die ehemalige Pastorin und Erzieherin (heute Rentnerin) Edda Lechner aus Norderstedt. Sie warnte vor blindem Aktivismus in der Politik und für eine notwendige systematische Aneignung von Kenntnissen und Wissen. Darin habe Schleswig-Holstein in den letzten Jahren erfreulich zugelegt. Das zeigen z.B. gut besuchte Seminare wie etwa zur MigrantInnenpolitik im Dezember 2001 und gegen den Afghanistan-Krieg vom PDS Friedensforum im Februar dieses

Jahres. Sie selbst arbeitet regelmäßig in der „AG Kommunistische Politik von unten“ mit und gibt in Norderstedt im Bündnis mit anderen linken, sozialistischen Organisationen die „Nadelstiche“ heraus. Ähnlich regelmäßig erscheinende lokale und regionale Zeitschriften der PDS Schleswig-Holstein sind der Kieler „Rundbrief“, die Lübecker „Hundestraße“ und eine „Kommunalpolitische Sammelmappe“.

Für Frauenfragen wollen sich vor allem Silvia Scheuermann aus Kiel auf Platz 7, Gabriela Lüttke und Angela Pape, beide aus Lübeck, auf Platz 7 und 9, einsetzen. Silvia konnte aus ihrem eigenen Leben den GenossInnen deutlich machen, wie schwer es ist, als Mutter von drei Kindern sich mit Sozialhilfe durchs Leben schlagen zu müssen. Ohne eine finanzielle Absicherung im Sinne einer sozialen Grundsicherung gäbe es für die sozial Schwachen keine Chance auf wirkliche Menschenwürde. Ange-

la Pape machte bisher engagierte „Grüne“ Politik, z.B. als Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Lesbenpolitik. Nach der Einführung der eingetragenen Partnerschaft, dem Atomkonsens und der Kriegstreiberei entschied sie sich endgültig für die PDS.

Mit Hidir Aydogan, Platz 10, von der Herkunft ebenfalls Kurde, vertritt jemand aus persönlichen und politischen Gründen die im PDS-Programm immer wieder betonte Politik einer Unterstützung kleiner und mittelständischer Betriebe gegenüber den Großkapital. Für den Schüler und Studenten Sebastian Kische aus Lübeck auf Platz 8, aus Rostock stammend, entsteht eine besonders feste und auch politisch genutzte Verbindung in die neuen Bundesländer, bzw. dem Nachbarland Mecklenburg. Uli Schippel, langjähriger Landesschatzmeister und Geschäftsführer des Landesverbandes schloß die Liste mit Platz 12.

Der Wahlkampf hat somit in Schleswig-Holstein konkret begonnen. In allen Wahlkreisen sollen nach Möglichkeit DirektkandidatInnen aufgestellt werden. Bereits im April wird es erste Veranstaltungen geben, um die Positionen der PDS zu den verschiedensten Fragen darzustellen. So z.B. in Schleswig und am Montag, den 15. April, in Norderstedt zu „Unsere Rente – nicht mehr sicher – nicht genug – nicht solidarisch?“ mit der Bundestagsabgeordneten der PDS Barbara Höll. Es folgt eine zur Bildungspolitik (PISA-Studie) mit dem bildungspolitischen Sprecher der PDS Horst Bethge (GEW) und zum Antikriegsthema Afghanistan mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrke.

E. Lechner

Bemerkungen zur EU-Erweiterung aus einer tschechischen Sicht

Von Emil Hruška

Den folgenden Vortrag hielt Emil Hruška bei der Jahrestagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften am 24. April in Fulda.

I.

Ich komme aus dem Land, wo die Frage der eventuellen EU-Mitgliedschaft vielleicht die erstrangige Frage der Innen- und Außenpolitik ist. Bei der Behandlung dieser Frage äußert sich eine interessante Polarisierung der tschechischen politischen Kräfte, und zwar sowohl zwischen den Parteien als auch in den Parteien.

Die stärksten Befürworter eines EU-Beitritts sind die regierende Sozialdemokraten, für sie ist es eine Frage von „strategischer Bedeutung“. Die tschechische Rechte folgt ihr da mit überwiegender Mehrheit. Die tschechische Kommunistische Partei (KPTsch) hat zur Frage eines EU-Beitritts keine einheitliche Position. Hier gibt es sowohl ganz ablehnende Ansichten („EU = Garantie für Befestigung des Kapitalismus, EU = Institution gegen die tschechischen nationalen Interessen, EU = Werkzeug für Revision der Resultate des Ersten und Zweiten Weltkrieges“ usw.) als auch neutrale oder zustimmende Standpunkte. Auf jeden Fall ist im Vorstand der KPTsch der Vorschlag einer prinzipiellen Ablehnung des EU-Beitritts nicht durchgekommen.

Positiv zum EU-Beitritt steht der stellvertretende KPTsch-Parteivorsitzende Ransdorf. Seinen Standpunkt hat er vor ein paar Tagen in einem Interview mit der Berliner Zeitung „Junge Welt“ erläutert:

„F: Das ZK Ihrer Partei hat beschlossen, eine „neutrale Kampagne“ zum EU-Beitritt zu führen. Heißt das, Sie sind nicht gegen den Beitritt?“

Wir sind für die Umgestaltung der Europäischen Union, für die Reform der europäischen Institutionen. Und wir sind der Meinung, dass die tschechische Bevölkerung nicht genug informiert ist. Wir müssen zuerst die Lücke füllen, die von der Regierung gelassen wurde. Es gibt positive, es gibt negative Seiten an der gegenwärtigen Gestalt der Europäischen Union.

F: In welche Richtung wollen Sie die EU umgestalten?

Vor allem im Sinne einer Sozialisierung des europäischen Projektes. Wir sind der Meinung, dass es keine Kohäsion, keine Integration des Kontinentes geben kann, wenn die Europäische Union nicht zu einem sozialen und demokratischen Projekt wird.

F: Angesichts der gegenwärtigen Kräfte-

teverhältnisse in Europa nicht besonders realistisch, oder?

Das ist realistischer als es aussieht. Vor allem die ökonomischen Kapitel des Amsterdamer Vertrages müssen revidiert werden. Die Konvergenzkriterien spalten faktisch den europäischen Kontinent in einen harten Kern und die Peripherie. Und das halten wir für schlimm. Es ist notwendig, eine Debatte über den ökonomischen Inhalt des Amsterdamer Vertrages zu entwickeln. Leider ist man davon weit entfernt. Die Schoschonen, sagen: „Wenn du auf einem toten Pferd sitzt, so steig herunter.“ Die Europäische Kommission scheint davon nichts gehört zu haben. Dort richtet man eher noch eine Kommission für die bessere Fütterung des toten Pferdes ein, eine für die bessere Schulung des toten Pferdes, und so weiter.

Wir benötigen eine klärende Debatte über die Kernfragen der Europäischen Union, wie Institutionsreform, Währungsunion, die Möglichkeiten einer fiskalen Union, um die finanzielle Stabilität der EU zu garantieren, und so weiter. Aber vor allem über die mögliche Überwindung des demokratischen Defizits.“ (*Junge Welt*, 12.3. 2002)

Was die tschechische Öffentlichkeit angeht, sind laut Meinungsumfragen stabil ca. 43–46% der Bürger für den EU-Beitritt. Die tschechischen Bürger sind schon lange einer propagandistischen Kampagne ausgesetzt, die einerseits emotional, aggressiv und pro-unionistisch ist, und andererseits mangelhaft, was fundierte Informationen angeht. Die Informationen, die den tschechischen Bürger fehlen, betreffen vor allem: die EU-Institutionen und ihre Reform, Finanzen für neue Mitglieder, die öffentliche Meinung in den „alten“ Mitgliedsstaaten, aber auch mehr praktische Angelegenheiten – wie hoch wird die Arbeitslosigkeit, das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen usw. Also allgemein, was für ein politisches und soziales Risiko hat die EU-Mitgliedschaft. Völlig ungeklärt ist die Frage, was aus der Tschechischen Republik in staatsrechtlicher Sicht wird. Was heißt es z.B., wenn der BRD-Außenminister Fischer und sein tschechischer Kollege Kavan über die Idee einer Föderation der nationalen Staaten und über die „europäische politische Nation“ reden? Verschärft wird die ganze Situation noch durch die außenpolitische Erpressung der Tschechischen Republik durch die Debatte um das Atomkraftwerk Temelin und die sogenannten Beneš-Dekrete (über die Dekrete siehe: Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 33)

Der tschechische Bürger wird in eine

Zwangsjacke gesteckt: Sind sie „für Europa“, dann sind sie progressiv, liberal und modern, und sind sie „gegen Europa“, dann sind sie rückschrittlich und rückständig, dem „alten Denken“ verhaftet. Hier muss man auf die Tatsache hinweisen, dass das Werkzeug für solche eine einseitige Propaganda vor allem die Presse ist, die zu mehr als 80% deutschen Konzernen gehört (Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft, Passauer Neue Presse). In diesem Sinne, aber nicht nur in diesem (siehe z.B. Industrie, Rohstoffe, landwirtschaftlicher Boden) hat die „europäische Frage“ in der Tschechischen Republik eine koloniale Dimension.

II.

Der Mangel an Informationen und die ideologische Manipulation bringen nicht nur Desorientierung und Unentschlossenheit hervor, sie sind auch eine Quelle von verschiedenen – sagen wir – „Schutz- oder Abwehrkonzeptionen“, und zwar vor allem im linken Spektrum. In solchen Konzeptionen finden wir Begriffe wie „Nation“, „nationales Interesse“, „die nationale Gemeinschaft“, „nationale Ziele“ etc.

Die Autoren und Verteidiger solcher Konzeptionen argumentieren sämtlich mit den tragischen Erfahrungen des tschechischen Volkes, die mit der Eingliederung der Tschechen in die übernationalen Formationen (Österreich-Ungarn, Protektorat) verbunden sind. Gerade in solchen historischen Zusammenhängen betrachtet („Stammbäume der Integrationsbemühungen“) wird die EU als ein Werkzeug für die Revision der Nachkriegsordnung gesehen.

Einer der bedeutendsten Repräsentanten dieser theoretischen Linie ist der bekannte tschechische Soziologe Dalibor Plichta (u.a. der Schwiegersohn des Dichters und Nobelpreisträgers Jaroslav Seifert). In Hinblick darauf, dass seine Arbeiten ihren Widerhall im linken Milieu finden, möchte ich ein paar Thesen von Plichta vorstellen.

Laut Plichta führen die Integrations-tendenzen unter dem EU-Dach und unter der „deutsch-französischen Integrationsavantgarde“ eindeutig zur Schwächung bis Liquidierung der Souveränität der Mitgliedsstaaten, vor allem der kleinen. Zur Schwächung der staatlichen Selbständigkeit trägt auch die Militarisierung der EU und auch die Tatsache bei, dass das EU-Recht den Vorzug vor dem nationalen Recht hat oder haben wird. Plichta fragt deshalb nach den Beweggründen der „Architekten des neuen Europas“ und erinnert an die entscheidende Rolle der übernationalen Konzerne.

Ein Werkzeug für die Einschränkung

der Souveränität der Staaten sind laut Plichta auch die sogenannten Euroregionen, die er als eine Vorbereitung für einen „föderalen Superstaat“ begreift, aber auch die immer größere Hervorhebung des Minderheitenschutz (besser: des Schutzes der Volksgruppen), was die Möglichkeit für die Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Staaten bildet. Hinter der Konzeption eines „integrierten Europas“ sieht Plichta nichts anderes als ein Mittel zur Umsetzung US-amerikanischer Interessen.

Plichta (übrigens nicht nur er) akzentuiert in seiner Arbeiten die „nationale Rhetorik“. Für sie überwiegen Begriffe wie „Nation“, „nationale Interesse“ oder sogar „Nationalismus“, („den kann man nicht verwerfen als einen Gedankenstrom oder als eine politische Bewegung, die die Bemühungen um das Erwachen oder um die Vereinigung der Nation oder um die Gewinnung seiner politischen Unabhängigkeit reflektiert“) und sie vertreten die Auffassung, dass die sogenannte nationale Solidarität, die die gemeinsame Sprache, Kultur, gemeinsame Interesse und oft die gemeinsame Bedrohung bilden, und die – laut Plichta – keinesfalls durch eine andere Solidarität, einschließlich der Klassensolidarität ersetzt werden kann.

Solche und andere ähnliche Meinungen mit dem nationalen Akzent sind unter der tschechischen Linken verbreitet, aber ohne die nötige kritische Diskussion, ohne die Bearbeitung der relevanten Begriffe, Probleme und Schlussfolgerungen. Man diskutiert nicht zu viel in der KPTsch, die Partei führt schon lange einen Stellungskrieg, und die jungen Leute verlassen sie enttäuscht. Das ist die heutige Realität.

III.

Pierre Bourdieu hat geschrieben: „Wir haben ein Europa der Banken und der Bankiers, ein Europa der Firmen und der Unternehmer, ein Europa der Polizei und der Polizisten. Bald werden wir ein Europa der Armee und der Soldaten haben. Aber...man kann nicht sagen, dass wir ein wirkliches Europa der Gewerkschaften und der Gewerkschaftler hätten. Ein wirkliches Europa der Künstler, der Schriftsteller und der Gelehrten, existiert nicht. Das Europa, das jetzt entsteht, ist in Wirklichkeit sehr wenig europäisch.“

Die europäische Integrationsbemühungen sind eine Herausforderung auch für die Linke in den einzelnen Staaten und für die „europäische Linke“. Eine Herausforderung, die leider bisher nicht bewältigt ist. Noch immer gelten die Wörter eines deutschen linken Dokuments von 1993, dass „die Linkskräfte im allgemeinen keine nennenswerte, international handelnde Bewegung in Europa zustande gebracht haben“ und dass „gemeinsame Abwehrkämpfe, und neue Gegenstrategien zwingend notwendig sind, wollen wir unserer politischen Auf-

gabe gerecht werden und neuen Einfluss gewinnen.“

Die damalige US-Außenministerin M. Albright erklärte 1997 in Prag: „Wenn sie Mitglied der NATO werden, wird es ganz egal sein, welche politische Partei an der Macht ist.“ Sie hatte Recht.

Eventuelle prinzipielle Veränderungen in der tschechischen Innen- und Außenpolitik sind nur möglich, wenn es Veränderungen im europäischen Rahmen gibt. Die internationale Zusammenarbeit der

europäischen linken Parteien ist eine objektive Notwendigkeit. Ich bin aber sehr skeptisch, was die konkreten Formen und Resultate angeht.

Wenigstens die tschechische Linke ist darauf aber nicht vorbereitet, aus verschiedensten Gründen ist sie nicht fähig, fruchtbare Ergebnisse zu bringen. Die entscheidende Impulse müssen vor allem aus Deutschland und aus Frankreich kommen.

Die letzte Rede von Pierre Bourdieu

Für eine engagierte Wissenschaft

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu ist am 24. Januar im Alter von 71 Jahren gestorben. Buchtitel wie „Der Einzige und sein Eigenheim“ belegen, dass Pierre Bourdieu mehr und anderes als die rein theoretische Neugier getrieben hat. Er war der Vordenker einer wachsenden gesellschaftskritischen Bewegung und das Vorbild des engagierten Intellektuellen – engagiert nicht nur auf seinem Forschungsgebiet, sondern vor allem auch im Kampf für eine gerechtere Welt, die dem Raubbau an ihren natürlichen Ressourcen ein Ende setzt. Auf einer Konferenz mit griechischen Wissenschaftlern und Gewerkschaftsvertretern im Mai 2001 in Athen plädierte Bourdieu in seiner letzten Rede dafür, dass die Wissenschaft ihre Verantwortung für die Entwicklung einer neuen Gesellschaft begreifen und wahrnehmen muss. Wir drucken den Text dieser Rede.

Von Pierre Bourdieu

Die Politik der Globalisierung, mit der wir heute konfrontiert sind, macht es dringend erforderlich, wenn nicht gar unverzichtbar, dass sich einige unabhängige Forscher im Rahmen der sozialen Bewegung engagieren. Ich spreche ausdrücklich von einer „Politik der Globalisierung“, nicht von „Globalisierung“ schlechthin, als handle es sich um eine natürliche Entwicklung.

Die Politik der Globalisierung wird, was ihre Produktion und Diffusion angeht, größtenteils geheim gehalten, und es sind schon erhebliche Forschungsbemühungen nötig, um sie durchschaubar zu machen. Außerdem hat sie Wirkungen, die sich mit den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft voraussagen lassen, die aber kurzfristig für die meisten Menschen unsichtbar bleiben. Als weiteres Kennzeichen gehört zu dieser Politik, dass sie zum Teil von Wissenschaftlern selbst hervorgebracht wird. Die Frage ist also, ob diejenigen, die dank ihrer wis-

senschaftlichen Kenntnisse zu einer Antizipation der unheilvollen Konsequenzen dieser Politik imstande sind, schweigen können oder dürfen. Oder ob ein Schweigen nicht vielmehr eine Art unterlassene Hilfeleistung darstellt gegenüber Menschen, die sich in Gefahr befinden. Wenn es stimmt, dass unserem Planeten die schlimmsten Katastrophen drohen, haben dann diejenigen, die diese Katastrophen im Voraus zu kennen glauben und sie kommen sehen, nicht die Pflicht, jene Reserve aufzugeben, die sich die Wissenschaftler gewöhnlich auferlegen?

Die meisten gebildeten Menschen, zumal im Bereich der Sozialwissenschaften, haben eine Dichotomie im Kopf, die mir verhängnisvoll erscheint: die Dichotomie von scholarship und commitment – die Unterscheidung zwischen denen, die sich der wissenschaftlichen Arbeit widmen, indem sie mit wissenschaftlichen Methoden für die Wissenschaft und für andere Wissenschaftler forschen, und denen, die sich engagieren und ihr Wissen nach außen tragen. Dieser Gegensatz ist künstlich. Tatsächlich müssen wir als autonome Wissenschaftler nach den Regeln der scholarship arbeiten, um ein engagiertes Wissen aufbauen und entwickeln zu können, das heißt, wir brauchen scholarship with commitment. Um ein wirklich engagierter, ein auf legitime Weise engagierter Wissenschaftler zu sein, muss man Wissen in engagiertes Wissen überführen. Und ein solches Wissen ist nicht anders zu erlangen als durch eine wissenschaftliche Arbeit, die sich an die Regeln und Normen der Wissenschaften hält.

Anders gesagt, wir müssen in unseren Köpfen mit gewissen Gegensätzen aufräumen, die nur dazu dienen, resignative Einstellungen zu rechtfertigen. Das fängt bei dem Wissenschaftler an, der sich in seinem Elfenbeinturm verschanzt. Die Dichotomie von scholarship und commitment beruhigt das Gewissen des Forschers, da die Gelehrtenrepublik ihm ap-

plaudert. Es ist, als fühlten sich die Wissenschaftler ebendarum doppelt wissenschaftlich, weil sie aus ihrer Wissenschaft nichts machen. Nur: Wenn sie Biologen sind, kann das ein kriminelles Verhalten sein. Und falls sie Kriminologen sind, ist die Sache nicht minder ernst. Diese Zurückhaltung, diese Flucht in die Reinheit, hat schwerwiegende gesellschaftliche Folgen. Sollten denn Leute wie ich, die vom Staat bezahlt werden, damit sie forschen, die Ergebnisse ihrer Forschungsbemühungen strikt für sich behalten und sie nur mit ihren Kollegen teilen? Es ist ein absolut gültiger Grundsatz, etwas, was man für eine Entdeckung hält, zuerst der Kritik der Kollegen auszusetzen, aber warum sollte das kollektiv erworbene und kollektiv überprüfte Wissen ihnen allein vorbehalten bleiben?

Wie mir scheint, haben die Wissenschaftler heute keine Wahl: Wenn einer von ihnen zu der Überzeugung gelangt, dass eine Korrelation zwischen der neoliberalen Politik und der Neigung zur Delinquenz besteht, eine Korrelation zwischen der neoliberalen Politik und den Kriminalitätsraten, eine Korrelation zwischen der neoliberalen Politik und allen Anzeichen dessen, was Durkheim „Anomie“ genannt hätte, wie sollte er das nicht laut sagen? Nicht nur dass ihm daraus kein Vorwurf zu machen wäre, man müsste es ihm sogar hoch anrechnen. Aber womöglich verteidige ich ja nur meine eigene Position ...

Kommen wir also zum nächsten Punkt: Was wird dieser Forscher in der sozialen Bewegung machen? Vor allem keine Lehren erteilen, wie wir es von manchen organischen Intellektuellen(1) kennen, die aus Unfähigkeit, ihre Waren auf dem hart umkämpften wissenschaft-

lichen Markt loszuschlagen, den Intellektuellen für Nichtintellektuelle gespielt und dabei die Behauptung aufgestellt haben, der Intellektuelle existiere gar nicht.

Der Forscher ist weder Prophet noch Vordenker. Er muss eine neue Rolle erfinden, die sehr schwierig ist: Er muss zuhören, forschen und erfinden. Er muss versuchen, jenen Organisationen zu helfen, die, wie zaghaft auch immer – selbst die Gewerkschaften trauen sich in dieser Hinsicht leider nicht mehr viel zu –, den Widerstand gegen die neoliberale Politik auf ihre Fahnen geschrieben haben. Er muss es sich zur Aufgabe machen, sie zu unterstützen, indem er ihnen Instrumente an die Hand gibt, und zwar insbesondere solche Instrumente, die den symbolischen Wirkungen, die „Experten“ im Auftrag der großen multinationalen Unternehmen erzielen, etwas entgegenzusetzen können.

Man muss die Dinge beim Namen nennen. Die aktuelle Bildungspolitik beispielsweise wird von Unicef, dem Transatlantic Institute und ähnlichen Einrichtungen beschlossen.(2) Man braucht nur den Bericht der Welthandelsorganisation (WTO) über die Dienstleistungen zu lesen, um zu wissen, welche Bildungspolitik wir in fünf Jahren haben werden. Die nationalstaatlichen Erziehungsministerien sind lediglich der Resonanzboden für die von Juristen, Soziologen und Ökonomen ausgearbeiteten Empfehlungen, die dann, in eine rechtswirksame Form gebracht, als Weisungen kursieren.

Die Forscher können aber auch etwas Neuartiges und Schwierigeres tun: Sie können helfen, die organisatorischen Voraussetzungen für das kollektive Bemühen um die Entwicklung eines politi-

schen Projekts zu schaffen. Und zweitens können sie dazu beitragen, dass möglichst günstige organisatorische Bedingungen für den Erfolg der Entwicklung eines solchen Projekts zustande kommen, das natürlich ein kollektives Projekt sein wird. Auch die Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung von 1789 oder der Versammlung von Philadelphia waren Menschen wie du und ich. Sie brachten juristische Kenntnisse mit, hatten Montesquieu gelesen – und sie haben demokratische Strukturen erfunden. Genauso müssen wir heute neue Dinge erfinden ...

Gewiss, man kann sagen: „Es gibt Parlamente, es gibt einen Europäischen Gewerkschaftsbund und alle möglichen Institutionen, die eigens für solche Dinge da sind.“ Ich will das hier nicht ausführlich nachweisen, aber es bleibt doch festzustellen: Sie tun nichts. Darum müssen günstige Bedingungen für diese Art Erfindung geschaffen werden. Man muss helfen, die Hindernisse zu beseitigen, die ihr im Wege stehen – Hindernisse, die zum Teil in der sozialen Bewegung liegen, aber insbesondere bei den Gewerkschaften.

Gibt es gute Gründe, optimistisch zu sein? Ich glaube, man kann sagen, dass die Erfolgsaussichten nicht schlecht sind, dass gerade jetzt der kairo (3), der richtige Augenblick, gekommen ist. Um 1995 haben wir mit Reden wie dieser eine gemeinsame Erfahrung gemacht: Man hörte uns nicht zu, man hielt uns für verrückt. Leute, die wie Cassandra lauter Katastrophen voraussagten, wurden verspottet, beschimpft, von Journalisten niedergemacht. Das ist jetzt nicht mehr ganz so. Warum? Weil eine Menge Vorarbeit geleistet worden ist. Es gab Seattle und eine ganze Reihe von Demonstrationen



nen. Auch werden die Folgen der neoliberalen Politik – die wir abstrakt vorausgesagt hatten – allmählich sichtbar. Und inzwischen begreifen die Leute, was geschieht.

Heute weiß jeder noch so bornierte und verstockte Journalist, dass ein Unternehmen, wenn es keine 15 Prozent Gewinn einfährt, mit Entlassungen reagiert. Die schwärzesten Voraussagen der Unglückspropheten (die lediglich besser informiert waren als die anderen) beginnen Wirklichkeit zu werden. Es ist nicht zu früh. Aber es ist auch nicht zu spät. Weil es erst ein Anfang ist, weil die Katastrophen erst beginnen. Es ist noch Zeit, die sozialdemokratischen Regierungen wachzurütteln, denen die Intellektuellen so gern auf die Finger schauen, vor allem wenn sie von ihnen gesellschaftliche Vorzeichen aller Art beziehen.

Eine vereinigte soziale Bewegung auf europäischer Ebene hat meines Erachtens nur dann eine Chance, politische Wirkung zu erzielen, wenn sie es versteht, drei Komponenten miteinander zu verbinden: Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Wissenschaftler – natürlich unter der Bedingung, dass ein wirkliches Zusammengehen stattfindet und es nicht bei einem Nebeneinander bleibt.

Gestern habe ich den Gewerkschaftlern gesagt, dass in allen Ländern Europas eine tiefe Kluft zwischen den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften besteht, sowohl hinsichtlich der Inhalte, für die sie sich einsetzen, als auch hinsichtlich der Mittel, deren sie sich bedienen. Die sozialen Bewegungen haben politische Ziele wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die die Gewerkschaften und Parteien bereits abgeschrieben, vergessen oder verdrängt hatten. Sie haben auch Methoden der politischen Aktion entwickelt, die den Gewerkschaften fremd geworden sind – auch sie vergessen, ignoriert oder verdrängt. Das sind insbesondere Methoden des persönlichen Handelns: Die sozialen Bewegungen setzen in ihren Aktionen auf die symbolische Wirkung, die zum Teil vom persönlichen Engagement der Aktivisten selbst abhängt – von einem persönlichen Engagement, das auch ein körperliches ist.

Man muss Risiken eingehen. Das heißt nicht mehr nur mit untergehakten Armen marschieren, wie es die Gewerkschaften seit je am 1. Mai zu tun pflegen. Man muss Aktionen machen, Räume besetzen und Ähnliches mehr. Das verlangt nicht nur Fantasie, sondern auch Mut. Aber ich sage auch: Vorsicht, keine „Gewerkschaftsphobie“! Die Gewerkschaftsapparate haben eine Logik, die man zunächst verstehen muss. Warum versuche ich den Gewerkschaftlern den Standpunkt der sozialen Bewegungen nahe zu bringen, und warum sage ich den Leuten in den sozialen Bewegungen Dinge, die den Auffassungen entsprechen, die die Gewerkschaften von ihnen haben? Weil all die Spaltungen, die dazu beitragen, ohnehin sehr schwache Gruppen zusätzlich zu

schwächen, nur überwunden werden können, wenn jede der Gruppen lernt, sich selbst mit den Augen der anderen zu sehen.

Die Widerstandsbewegung gegen die neoliberale Politik ist weltweit sehr schwach und durch innere Spaltungen zusätzlich geschwächt – ein Motor, der 80 Prozent seiner Energie in Form von Spannungen, inneren Reibungen und Konflikten verbrennt. Und dabei könnte er stattdessen doch die gemeinsame Sache viel schneller, viel weiter vorantreiben.

Die Hindernisse, die die Entstehung einer geschlossenen europäischen sozialen Bewegung erschweren, sind unterschiedlicher Natur. Es gibt sprachliche Hindernisse, die etwa bei der Kommunikation zwischen den Gewerkschaften oder den sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle spielen – die Vorsitzenden und Funktionäre sprechen Fremdsprachen, die einfachen Gewerkschaftler und Aktivisten eher nicht. Das macht eine Internationalisierung der sozialen Bewegungen oder der Gewerkschaften sehr schwierig. Es gibt aber auch Hindernisse, die mit den eingespielten Gewohnheiten und Denkweisen oder auch den festgefahrenen Strukturen der sozialen Bewegungen wie der Gewerkschaften zusammenhängen. Welche Rolle kommt den Wissenschaftlern dabei zu? Sie haben an der kollektiven Erfindung der kollektiven Strukturen eines erfinderischen Geistes zu arbeiten, dem eine neue soziale Bewegung entspringen kann. Das heißt, sie müssen neue Inhalte aufzeigen, neue Ziele formulieren und die neuen Mittel für internationale Aktionen entwickeln.

dt. Grete Osterwald
Le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15.2.2002

Rezensionen

Zum Thema Zivilgesellschaft

Hildermeier, Manfred; Kocka, Jürgen; Conrad, Christoph (Hg.): **Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen**, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2000, 275 S., ISBN: 3-593-36581-2, EUR 29,90.

Conrad, Christoph; Kocka, Jürgen (Hg.): **Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten**. Hamburg: Edition Körber Stiftung 2001, 335 S., ISBN: 3-89684-018-5, EUR 17,00.

Nach dem Auslaufen der rein sozialgeschichtlichen Bürgertumsforschung hat sich die Frage nach der bürgerlichen Gesellschaft als fruchtbare Perspektive für die historische Forschung erwiesen. Um zu einem attraktiven geschichtswissenschaftlichen Konzept zu werden, war freilich ein sprachlicher Umweg über die englische Civil Society oder die italienische Società civile zu nehmen. Politische

Anmerkungen

(1) Mit dem Begriff des „organischen Intellektuellen“ bezeichnet Antonio Gramsci diejenigen Denker, die die soziale Lage mit reflektieren.

(2) Vgl. „Europe Inc., Liaisons dangereuses entre institutions et milieux des affaires européennes“, CEO, Agone, Marseille 2000.

(3) Griech.: „das rechte Maß“, „der günstige Augenblick“, „der entscheidende Zeitpunkt“ – der günstige, schicksalhafte Moment, der von den Handelnden auch als Moment sinnvollen Handelns erkannt und genutzt werden muss.

Bücher von Pierre Bourdieu

„Zur Soziologie der symbolischen Formen“, Frankfurt (Suhrkamp) 1974.

„Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“, Frankfurt (Suhrkamp) 1982.

„Homo academicus“, Frankfurt (Suhrkamp) 1988.

„Soziologische Fragen“, Frankfurt (Suhrkamp) 1994.

„Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“, Konstanz (UKV) 1997.

„Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat“, Hamburg (VSA) 1997.

„Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft“, Frankfurt (Suhrkamp) 1987.

„Über das Fernsehen“, Frankfurt (Suhrkamp) 1998.

„Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns“, Frankfurt (Suhrkamp) 1998.

„Die Regeln der Kunst“, Frankfurt (Suhrkamp) 1999.

„Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft“, Frankfurt (Suhrkamp) 2001.

„Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik“, Hamburg (VSA) 2001.

„Der Einzige und sein Eigenheim“, Hamburg (VSA) 2001

tung, Zivilgesellschaft als den „utopischen Entwurf“ einer Zivilisation mündiger, gleichberechtigte und freier Bürger. Im Fokus der historischen Forschung steht damit „der Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation zwischen Staat, Markt und Privatsphäre“. Neben Jürgen Kockas begriffsgeschichtlicher Einleitung, in der er die zentralen Fragen und das Feld der Forschung umreißt, stellt Klaus von Beyme aus Sicht der Politikwissenschaft Zivilgesellschaft als ein normatives Konzept dar, das sich vor allem durch den „Rekurs auf die Individuen“ auszeichnet. Karen Hagemann geht dem Konzept der „Bürgergesellschaft“ aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive nach und skizziert die Debatten in der Zeit der Französischen Revolution und der entstehenden Nationalbewegung. Aufgrund ethnologischer Studien in Ungarn und Polen äußert Chris Hann seine Skepsis gegenüber dem Begriff Zivilgesellschaft, der zu sehr nach dem westlichen, vom Individuum ausgehenden gesellschaftlichen Modell gebildet sei und von den sozialen Fragen ablaute. Im zweiten Teil des Sammelbandes wird eine Topographie zivilgeschichtlicher Entwicklungen in Europa präsentiert, die von Russland (Manfred Hildermeier) über den Balkan (Holm Sundhaussen), Tschechien (Jan Kren), Bulgarien (Ivaylo Znepolski) und die Niederlande und Deutschland im Vergleich (Ton Nijhuis) führt. Hartmut Kaelble beschließt den Band mit einem Beitrag über die Demokratisierung des sich vereinigenden Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Darin thematisiert er zwar auch Fragen der europäischen Zivilgesellschaft und einer europäischen Öffentlichkeit, merkwürdigerweise aber steht dieser Aspekt nicht, wie zu erwarten und zu wünschen gewesen wäre, im Mittelpunkt seines Beitrages.

Ohne Zweifel hat der Terminus Zivilgesellschaft „Hochkonjunktur“, wie es auf dem Einband heißt, gleichzeitig handelt es sich jedoch um ein relativ junges historisches Forschungsfeld, so dass noch zu klären bleibt, für welche Fragen, für welche sozialen Kontexte und für welche historischen Epochen das Konzept ein hilfreiches Instrumentarium darstellt. Der analytische Wert des Begriffs verschiebt sich, wenn man die entstehende Zivilgesellschaft des 18. Jahrhunderts, das vor allem im Vereinswesen zum Ausdruck kommende zivilgesellschaftliche Engagement des 19. Jahrhunderts, das Scheitern der Zivilgesellschaft in Teilen Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert oder die zivilgesellschaftlichen Mängel und Defizite im Westeuropa der zweiten Hälfte des Jahrhunderts untersucht, Fragen, die in diesem Band noch nicht gestellt sind, aber hinreichend Stoff für weitere historische Forschungen bieten.

Problematisch indes wird die Verwendungsweise von neuen Begriffen – nach Beyme ist das Wort Zivilgesellschaft gar

zu einem „Modebegriff“ geworden immer dann, wenn mit ihrer Hilfe alte Geschichten lediglich neu durchdekliniert werden oder wenn sie umstandslos auf historische Zusammenhänge bezogen werden, für die der Begriff kaum treffend ist; wenn Karen Hagemann etwa den frühen deutsch-nationalen Patrioten wie Jahn und Arndt attestiert, sie hätten eine „deutsche Bürgergesellschaft“ im Sinn gehabt. War es doch gerade eine dem zivilgesellschaftlichen Projekt entgegengesetzte Volksgemeinschaft, die sie intendierten.

Zu Fragen wäre auch, ob nicht zwischen Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft, zwei in dem Band synonym verwendete Termini, unterschieden werden sollte, in dem Sinne etwa, dass sich der Begriff Bürgergesellschaft auf die bürgerlichen Grundrechte und die Freiheit des Individuums bezieht, wohingegen Zivilgesellschaft das autonome und freiwillige Engagement in Vereinen und Assoziationen betont. Darüber hinaus sei angemerkt, dass eine semantische Dimension des Begriffs in dem Band gänzlich ausgeblendet bleibt, nämlich die Bestimmung von zivil im Gegensatz zu militärisch; im Duden immerhin die erstgenannte Bedeutungsebene. Aufgrund der begrifflichen Schwierigkeiten, die dieser Terminus bietet, schlagen sowohl Hann als auch Beyme vor, statt Zivilgesellschaft eher den Begriff Citizenship in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen.

Dass auch dieser Begriff Konjunktur hat, zeigt der ebenfalls auf eine Tagung des Zentrums für Vergleichende Geschichte Europas zurückgehende Band Staatsbürgerschaft in Europa. Staatsbürgerschaft wird dabei nicht nur in dem engeren Sinne von Staatsangehörigkeit verstanden, sondern bezieht sich, wie die Herausgeber in Anlehnung an die Definition des englischen Soziologen Thomas H. Marshall von 1949 formulieren, auf eine historische Sequenz von bürgerlichen Rechten, politischen Partizipationsrechten und sozialen Rechten. Zunächst werden historische Modelle diskutiert und im europäischen Vergleich analysiert, gezeigt, wie die Nation, so der prägnante Titel dieses Kapitels, ihre Bürger erfindet. Nur in der Epoche des Nationalstaates, so John Breuilly, hatte das Konzept der Staatsbürgerschaft einen einheitlichen und definitiven Charakter. Da diese Epoche nun zu Ende geht und Nationalstaaten ihren Charakter von „Machtcontainern“ verlieren, weicht auch die Homogenität dieses Konzeptes auf. Dieter Gosewinkel stellte die beliebte Gegenüberstellung der angeblich gegenseitig sich ausschließenden deutschen und französischen Konzeption von Staatsbürgerschaft in Frage und zeigt die Überschneidungen und historischen Überlappungen von *jus solis* und *jus sanguinis*. Wie wenig diese Dichotomie sowohl aus historischer Perspektive als auch im Licht aktueller Veränderungen aufrechterhalten werden kann, macht Patrick

Weil in einem Vergleich von 25 Staatsangehörigkeitsgesetzen deutlich. Ute Gerhard schließlich geht den uneingelösten Frauenrechten in dem Konzept der Staatsbürgerschaft nach, zeigt die geschichtliche Entwicklung des feministischen Engagements und fragt nach einem Modell europäischer Bürgerrechte, in dem die Geschlechterdifferenz ebenso eingelöst wird wie die prinzipielle Forderung nach Gleichheit.

Wie wenig der Begriff der Diaspora, ein aus der jüdischen Geschichte entlehnter und in den zeitgenössischen Sozialwissenschaften vielfach diskutierter Terminus, geeignet ist, die Probleme von nationalen Bindungen, politischen und sozialen Rechten und Staatsbürgerschaft zu erfassen, zeigen Rogers Brubaker und Yasemin Nuhoglu Soysal. Die historischen Entwicklungslinien und aktuellen Problemzonen der Staatsbürgerschaften in Europa werden am Beispiel der Balkanländer und Rumäniens (Holm Sundhaussen), Russlands (A. N. Medushevskij), Polens (Grazyna Skapska) und des Baltikums (Falk Lange) diskutiert, wobei auch der Frage der Staatsbürgerschaft in den drei 'europäischen' Erben des Osmanischen Reiches, Türkei, Libanon und Israel, (Günter Seufert) nachgegangen wird.

Dass es nicht zuletzt aktuelle politische Fragen waren, die diese Tagung angeregt haben, zeigen die Beiträge von Bernd Schulte, der die sozialen Grundrechte, wie sie in der Charta der Europäischen Union festgelegt sind, diskutiert, Egils Levits, der dem Verhältnis von Minderheitenrechten und Demokratie nachgeht, und schließlich die Betrachtung von Georgios Tsapanos über die Einwanderungsdebatten in der Bundesrepublik Deutschland.

Es kann nicht überraschen, dass einzelne Begriff der Debatte mitunter verschieden bewertet werden: Sundhaussen zum Beispiel lehnt den Begriff der Minderheiten wegen seiner diskriminierenden Komponente ab, während er für Levits grundlegend für den Bestand der Demokratie ist, Soysal argumentiert überzeugend gegen den Begriff der Identität, während er für Lange konstitutiv ist für die politischen Erfahrungen im Baltikum. Wesentlicher für die Produktivität der hier eingeschlagenen Fragestellung ist, dass sie zeigen, wie eng die Fragen von Staatsbürgerschaft mit der Ausbildung der Zivilgesellschaft zusammenhängen, und wie sehr die gegenwärtige politische Entwicklung in Europa alte Konzepte fragwürdige erscheinen lässt und neue Perspektiven bietet. Das Zeitalter des Nationalen geht zu Ende, und Europa wird zum Fokus neuer Fragen an die Geschichte.

Rezensiert für H-Soz-u-Kult von: Ulrich Wyrwa Email: <ulrich.wyrwa@tiscali-net.de>

Copyright (c) 2002 by H-SOZ-U-KULT (H-NET), all rights reserved.

13./14. April, Marburg: *Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik.* Hörsaal H der Philosophischen Fakultät, Wilhelm-Röpke-Str. 6, Tagung über Bilanz und Perspektiven rot-grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik, u.a. mit Margit Schratzenstaller, Kai Eicker-Wolf, Hans-Ulrich Deppe, Nora Fuhrmann, Christoph Butterwege. Infos/Anmeldung: Forschungsgruppe Politische Ökonomie, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Str. 6, Zi. D1, 35032 Marburg, Tel. 06421/282 54 29, sozialpolitik@fgpoloek.de, www.fgpoloek.de

18. April, Stuttgart: *Tarifpolitik in den Zeiten von Krise, Krieg und Bundestagswahlen.* Meinen es die Gewerkschaften dieses Mal wirklich ernst? Veranstaltung des Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften mit Armin Schild, Leiter der Abteilung Tarifpolitik der IG Metall, und Sybille Stamm, ver.di-Landesbezirksvorsitzende in Baden-Württemberg. 18:30 Uhr Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, kleiner Saal.

21. April, Sachsen-Anhalt: Landtagswahlen

26. – 27. April, Berlin: Massenarbeitslosigkeit bekämpfen – Arbeit eine Perspektive geben: *Der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor.* Kongress der PDS-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude.

5. Mai, europaweit: Unter dem Motto „*Gleichstellung – aber richtig!*“ setzt sich am diesjährigen Europäischen Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen um den 5. Mai herum ein breites Bündnis von Behindertenorganisationen mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen für die Verabschiedung und konsequente Umsetzung von Gleichstellungsbestimmungen ein. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Verabschiedung und Umsetzung von Beschlüssen für barrierefreie Städte und Gemeinden gelegt werden.

9. – 12. Mai, Frankfurt/Main: „Tatort Globalisierung: Internationalismus nach Seattle, Genua und dem 11. September“ 25. *Bundeskongress der BUKO* (Bundeskoordination Internationalismus)

19. bis 26. Mai, Athen: Konferenz des Europäischen Friedensforums: *Für eine europäische Friedensordnung – Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO* (Arbeitstitel)

22./23. Mai, Berlin und bundesweit: *Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident ...* Anlässlich des Deutschlandbesuchs von US-Präsident Bush am 22. und 23. Mai 2002 ruft die Friedensbewegung zu Demonstrationen und Kundgebungen im ganzen Land auf. Eine Grossdemonstration in Berlin ist in Vorbereitung.

24./25. Mai, Köln: *Kommen und bleiben – Migration und interkulturelles Leben in Deutschland.* Eine Konferenz der RL-Stiftung

27.-31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

8. Juni, Frankfurt: *Alternativen braucht das Land – Opposition gegen falsche Politik.* Frankfurt a.M., Fachhochschule, Nibelungenplatz 1, Konferenz der Initiative für einen Politikwechsel zur Bilanz der Regierungspolitik und Alternativen, u.a. mit Norman Paech, Arno Klönne, Karl Georg Zinn, Peter Strutyński, Richard Detje, Brigitte Stolz-Willig, Wolfram Burkhardt, Daniel Kreutz, Oliver Moldenhauer, Joachim Spangenberg

16.-18. Juni, Frankfurt/M.: CDU-Parteitag

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: *4. Europäischer Kongress für Friedenserziehung.* Veranstalter: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden. Das Motto lautet: „Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ In Friedenswerkstätten, Workshops,

Diskussionsrunden und Ausstellungen werden sich die Teilnehmer/innen damit beschäftigen, was in den Bildungsstätten der europäischen Länder gegen den Krieg und gegen die Bereitschaft, politische Konflikte mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, getan werden kann.

25.-28. Juli: *Linke Sommerschule,* Termin bitte vormerken

30. August bis 1. September: *Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“.* Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

6./7. September, Bochum: Internationale Rosa-Luxemburg-Tagung. Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: *Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges*, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

22. September: *Bundestagswahlen;* Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern

Bundesweite Palästina- Solidaritäts- demonstration



**13. April
Berlin**

**Auftakt:
14.00 Uhr
Alexander-
platz**

